

Meinhard Creydt

„Politischer Produktionsprozess“ und „Arbeitsfeldansatz“

Zwei für heute relevante Impulse des „Sozialistischen Büros“

Das 1970 gegründete Sozialistische Büro verstand „sich als Kommunikations- und Koordinationszentrum für projektorientierte und berufsspezifische Basisarbeit“ (Sozialistisches Büro 1973, 2). Es hatte seine größte Ausdehnung und Bedeutung in den 1970er Jahren und war damals ein Kristallisationskern der undogmatischen Linken. Welche für heute relevanten Impulse für linke Theorie und Praxis sind mit dem SB verbunden?

Ein erstes Essential betrifft den „politischen Produktionsprozess“. Überlegungen von Oskar Negt und Alexander Kluge aus den 1970er Jahren sind aufschlussreich. Für Entwicklungsprozesse ist es ungünstig, die Unterschiede zwischen den verschiedenen „Anteilen“ des Individuums nicht wahrzunehmen. Das politisierende Subjekt schreibt sich eine subjektive Ganzheit zu, die seine reale Ungleichzeitigkeit und Ambivalenz überspielt. Die heterogene Zusammensetzung der im Individuum existierenden verschiedenen „Anteile“ erscheint dann nicht.¹ Negt und Kluge nennen dies „die politische Wertabstraktion“ (Negt, Kluge 1972, 155ff.). Für alle Fragen der politischen Organisation kommt es demgegenüber darauf an, „nicht Menschen als Ganzes zu betrachten und einfach nach Köpfen zu organisieren oder zum Beispiel, dass ein Mensch als ganzer zur Wahrnehmung zu bringen ist. [...] Der Hinweis [...], dass im Menschen lauter kleine Teilmenschen sich befinden [...] ist etwas sehr Interessantes. [...] Und wenn man sich einmal darauf einlässt, dann ist man von der Theorie des mündigen Menschen, von dem das Fernsehen oder das Grundgesetz ausgeht, sehr weit entfernt. Denn mündig ist das eben nicht, sondern verschieden entwickelt. Wenn man das aber zugibt, kann man das entwickeln. Wenn man von der Fiktion des mündigen Menschen ausgeht, dann kann man es nicht mehr entwickeln, weil man gar nicht herankommt an das Elementare“ (Kluge 1974, 48).²

1 „Faust beklagte, dass er zwei Seelen in seiner Brust habe. Ich habe eine ganze sich zankende Menge. Da geht es zu wie in einer Republik“ (Bismarck, zit. n. Schwartz 1997, 274).

2 „Ein Arbeiter ist mit Schweißvorgängen beschäftigt in einer Umgebung, die extrem heiß ist, das ist körperlich völlig unerträgliche Tätigkeit und er erzählt ihm (Günther Hörmann, der eine Filmuntersuchung über Facharbeiter unternommen hat – Verf.), er ist zufrieden, er hat nämlich diese unerträgliche Tätigkeit mit Hilfe seines Vorstellungsvermögens für sich ausgeglichen und bebildert, indem er sich eine Vorstellung gemacht hat, er hat was geträumt, er macht sich nicht ein Bild von dem, was er hier tut, sondern ein Bild, das das erleichtert. In einer anderen Situation hat er sich über einen Werkmeister geärgert. Er ist aber jetzt in einer Werkshalle, wo die Arbeit sehr angenehm ist, nur mit diesem Werkmeister hat er Knatsch. Er beschreibt seine Situation als vollkommen unerträglich. Derselbe Arbeiter aber liest generell die Bild-Zeitung. In einer Zeit, in der in diesem Betrieb ein wilder Streit stattfand, hat er sich beteiligt an einer Verbrennung der Bild-Zeitung und ich kann nicht behaupten, die Beobachtung würde das auch widerlegen, dass dieser Mann hier wechselhaft wäre, oder dass er sozusagen nicht dieselben Energien habe, dass er wirklich irgendwo psychisch anders produziert, denn er verändert sich in der kurzen Zeit des wilden Streiks nicht wirklich. Das was er hier macht, ist potentiell schon angelegt, sonst kann er

Negt und Kluge formulieren eine weitreichende Kritik an der politisierenden Citoyen-Perspektive. Sie übergeht die widersprüchliche Zusammengesetztheit der Individuen und versucht, die damit einhergehenden Widersprüche „durch vorausseilende, das heißt vorweggenommene Erfüllung auszugleichen“ (Negt, Kluge 1972, 143). Der Gegner bürgerlicher Verhältnisse „muss sich als Verteidiger des Menschenrechts, als Resultat fingieren. In Wirklichkeit ist er in einem extrem begrenzten Horizont befangen – in der Einbildung aber verteidigt er dieses ‚menschliche Sein‘ wie eine Bastion“ (Ebd., 112). Negt und Kluge profilieren demgegenüber ein Engagement, das sich vom bloßen Proklamieren oder Propagieren von Positionen unterscheidet und sich vielmehr an der Logik von sozialen Prozessen orientiert und für sie förderliche „Beziehungssysteme“ und „Verbindungen“ festigt und entwickelt. „Das ist gerade das, was das Sozialistische Büro eben genau macht: Verbindungen herstellen zwischen isoliert Arbeitenden, der Vereinzelungstendenz der Gesellschaft entgegenzuwirken, und diese Produktion³ ist in sich bereits politisch, weil sie nämlich die Situation überhaupt erst schafft, die gesellschaftliche Fabrik, in der Politik stattfinden kann, erst aufbaut. Es gibt keinen direkten Zugang zur Politik, der nur inhaltlich ist, sondern ich muss erst die Formen produzieren, in Form von Öffentlichkeit, von Beziehungen, von Verkehrsformen, ehe überhaupt die Fläche da ist, auf der sich politische Inhalte bewegen“ (Kluge 1977, 60). Die bei vielen Linken

sich nicht binnen zwei Tagen ausbilden, man muss einfach sagen, dass diese verschiedenen Aussagen und Eigenschaften in ihm wohnen und je nach Situation fallen sie zu verschiedenen Figuren auseinander, oder zusammen“ (Kluge 1974, 47f.).

- 3 Negt und Kluge hatten einen weit gefassten Begriff von Produktion: „Der Begriff Produktion bezeichnet hier nicht eine bloße Analogie zur materiellen Güterproduktion, vielmehr geht es um den umfassenden Begriff gesellschaftlicher Produktion, zu dem sich die materielle Güterproduktion als besondere Ausformung verhält. Wenn Marx vom ‚Kommunismus als der Produktion der Verkehrsform selber‘ spricht, so bezieht er sich auf diesen allgemeinen Begriff gesellschaftlicher Produktion. [...] Unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft steht die Warenproduktion so sehr im Vordergrund, dass sie diesen allgemeinen Begriff der Produktion, der auch die Produktion der Lebensweise umfasst, verdeckt. [...] Produktion als Begriff der Kritik der bürgerlichen Ökonomie muss sich eng fassen, um die kapitalistische Verwertung der Arbeitskraft im Industrieprozess zu treffen. Produktion als Begriff im Zusammenhang der Konstitution neuer Produktivkräfte und als Produktion des gattungsmäßigen Reichtums der Menschen muss dagegen weit gefasst sein und die Produktion aller Lebensbereiche umfassen“ (Negt, Kluge 1972, 28 und 187). Es fehlt hier der Platz zu diskutieren, wie sich dieser Begriff von Produktion vom „erweiterten Arbeitsbegriff“ unterscheidet, über den in der zweiten Hälfte der 1970er und in den 1980er Jahren nachgedacht wurde, und von praxis-philosophischen Konzepten. Mit ihrem Begriff von Produktion denken Negt und Kluge über ein Paradigma des Reichtums und der Lebensweise nach, das sich zu den Kriterien und Idealen der bürgerlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie nicht so verhält, wie dies viele Linke für gewöhnlich tun: Sie wollen eine nachkapitalistische Gesellschaft dadurch bestimmen, dass letztere diese Kriterien besser erfülle und diese Ideale erst „konsequent“ verwirkliche. Den Impuls, der im skizzierten Produktionsbegriff steckt, greife ich auf mit Überlegungen zum Thema „gutes Leben im Sinne von ‚Praxis‘“. Vgl. dazu zuletzt „Die Armut des kapitalistischen Reichtums und das gute Leben“. München 2017 (Oekom) und „Was kommt nach dem Kapitalismus?“ (Berlin 2019). Die Inhaltsverzeichnisse beider Publikationen und Kurzvorstellungen finden sich auf www.meinhard-creydt.de.

beliebten Wahlkämpfe bilden dafür ein wenig geeignetes Terrain. „Sie verschlingen viel Energien und bezeichnen eher einen Austausch von Legitimationen als einen politischen Produktionsprozess“ (Negt 1980, 156). Es geht vielmehr um die „Schaffung von Infrastrukturen“, um Beziehungsnetze, in denen Lernprozesse erst möglich sind. „Für die Schaffung dieser Infrastrukturen wäre jedoch ein politischer Produktionsprozess erforderlich, nicht der Schlagabtausch von Ideen. Zwar ist der ideologische Kampf nicht unwichtig für die Gewinnung von Unentschlossenen, aber erfolgreich ist er nur zu führen unter Bedingungen relativ fester Basisstrukturen“ (Ebd.).

Für solche politische Praxis sind die Konsolidierung und der kontinuierliche Ausbau von Netzwerken alternativer widerständiger Praxis in gesellschaftlich zentralen Bereichen relevant. Diese Praxis unterscheidet sich von strohfeuerhaften „Kampagnen“ und „Interventionen“, die heute hier und morgen andernorts quasi touristische Abstecher in die soziale Realität unternehmen. Noch eine „Kampagne“, noch ein „Bündnis“, noch eine „Demo“ organisieren – da sind linke Politveranstalter im Element ihrer Geschäftigkeit. Demgegenüber geht es um die Ausbildung von Milieus, die sich zu einer neuen gegenhegemonialen gesellschaftspolitischen Kultur vernetzen können. Dafür muss man (und frau) Zugang zu sozialen Bereichen haben, in denen solche Milieus entstehen können. Es ist niemand als Individuum anzulasten, dass er in keinem relevanten sozialen Bereich verankert und geerdet ist. Viele linke Propaganda- oder Kampagnengruppen scheinen jedoch aus dieser Not eine Tugend zu machen. So nützlich manche ihrer Tätigkeiten sein mögen, so sind sie doch oft sozial zu dechiffrieren als Betätigung „freischwebender“ Individuen, die zu keinem relevanten sozialen Bereich Zugang haben. Die ihnen mögliche Freizeit- oder Feierabendpraxis lässt sich nicht voluntaristisch übersteigen. Ein Problem sehen viele Politaktivisten in ihrer von den Auseinandersetzungen in der Arbeit getrennten Freizeitpolitik nicht.⁴ Ihnen erscheint ihr Zugang zur Welt als grenzen- und alternativlos. Kritisch gegenüber allerhand Phänomenen in der Welt bleiben sie unkritisch gegenüber sich selbst.

Einen der wenigen Versuche, ausgehend von Überlegungen in „Öffentlichkeit und Erfahrung“ sowie „Geschichte und Eigensinn“ Prozesse von Organisierung, Widerstandshandlungen und Bewusstwerdung von Beschäftigten zu analysieren, finden wir bei Klaus West (1995). Das Buch vermittelt einen Eindruck vom unausgeschöpften Anregungspotential der Überlegungen von Negt und Kluge aus den 1970er Jahren.

Ich kenne keine Analyse, aus der hervorgeht, inwieweit der von Negt und Kluge skizzierte Ansatz tatsächlich für die Arbeit des SB repräsentativ war und warum er nicht weiter verfolgt wurde.⁵ Auch

4 „Revolutionär im Beruf statt Berufsrevolutionär“ hieß in den 1970er Jahren die gegen die K-Gruppen gerichtete Maxime des „Arbeitsfeldansatzes“.

5 Negts weitere politische bzw. theoretische Entwicklung provoziert voreilig vereindeutigende Kontinuitätskonstruktionen. Sie suggerieren, Negts spätere Nähe zu Kanzler Gerhard Schröder zeige „eindeutig“, was „eigentlich“ in seinen früheren Positionen angelegt gewesen sei. *Eine Auseinandersetzung mit Negts Buch ‚Arbeit und menschliche Würde‘* (Göttingen 2001) findet sich bei Gassmann 2004, 19-24.

der historische Abriss zum SB, den Gottfried Oy 2007 vorlegte, geht diesen Fragen nicht nach. Er stellt sie nicht einmal.

Ein zweites Essential, das auch heute für linke Theorie und Praxis relevant ist, war der „Arbeitsfeldansatz“ des SB. Dessen Darstellung findet sich z. B. bei Negt 1975. Ich beanspruche nicht, die Praxis des SB und die Diskussionen im SB um den Arbeitsfeldansatz zu beschreiben. Eine für diesen Ansatz zentrale Absicht ist, in den jeweiligen besonderen Bereichen dem gesellschaftlich Allgemeinen auf die Spur zu kommen. Ansetzen lässt sich an arbeitsinhaltlichen Bedürfnissen. Beschäftigte im Gesundheitswesen erfahren, dass ihr eigenes professionelles Ethos in Divergenz steht zu den gesellschaftlichen Strukturen der Krankenversorgung und -behandlung. Ähnliche Widersprüche durchziehen auch andere Bereiche. Pädagogen können bemerken, dass die Größe der Klassen und die Selektion als Aufgabe der Schule in Widerspruch steht zu ihrem Anliegen, den Schülern und den zu vermittelnden Inhalten gerecht zu werden.

Der Arbeitsfeldansatz stand gegen dasjenige linke Engagement, das sich nicht für die spezifischen Inhalte und Widersprüche des jeweiligen besonderen Bereiches interessiert. Dem Arbeitsfeldansatz lag die Absicht zugrunde, die Abgehobenheit der Politik vom Alltag der Arbeitswelt nicht im Engagement gegen die bürgerliche Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie zu reproduzieren. Die Adressaten galt es in mehr anzusprechen als in ihren Arbeitnehmerinteressen und in ihren politischen Meinungen zu Haupt- und Staatsaktionen. Die säuberliche Trennung zwischen pragmatischem Funktionieren im Beruf und feierabendlichen Politbekundungen wollte man im SB nicht mitmachen. Es gab ein Bewusstsein dafür, dass sich erst in der Auseinandersetzung in der jeweiligen Arbeitswelt zeigt, ob jemand nur eine kurze Zeit lang äußerlich modischen politischen Parolen zu Gott und der Welt beipflichtet. Die Auseinandersetzung mit dem besonderen Feld der eigenen Tätigkeit bildet eine wesentliche Bedingung dafür, dass die „Gesellschaftskritik“ nicht formell und bekenntnishaft verbleibt und zu einer kurzen Phase gehört, in der anspruchsvolle Zeitgenossen sich die aufgesetzte Pose des radical chic leisten. Es bedarf aber nicht nur der Schärfung und immer wieder neuen Prüfung und Durcharbeitung der allgemeinen gesellschaftskritischen Strukturkenntnisse am Konkreten. Die inhaltlich qualifizierte Opposition in den jeweiligen Arbeitsfeldern lässt sich nicht ohne die Auseinandersetzung mit Kollegen bewältigen, die sich untereinander auf dem entwickelten Stand der Diskussion halten. Sie leisten das nur, wenn sie die Herausforderung annehmen, welche im Besonderen steckt, und es nicht einfach den getrennt von ihm selbstgefällig und selbstgenügsam bestehenden allgemeinen Wahrheiten subsumieren („da sieht man doch mal wieder ...“). Der wohlverstandene Arbeitsfeldansatz verarbeitet die Erfahrung, die sich mit vielen schnell Politisierten machen ließ. Sie haben einige Wissensbrocken aufgeschnappt und dann bald wieder gegen andere ausgetauscht. Sie leisten sich alles, was gut und teuer ist, und sind „geistreich in einer immer ein wenig an das Verfahren des wirklichen Reichtums gemahnenden Weise.“ Das „vorzügliche Lernkind“ hat sich einen „Schatz“ angeeignet, es gleicht einem feuchten Schwämmchen, „welches das wieder von sich

gibt, was es ohne besondere Verwendung ins Ich aufgespeichert hat“ (Musil).⁶

Manfred Ohm (1941-2011), seit 1975 Mitglied des SB, arbeitete in den 1980er und 1990er Jahren als Lehrer an einer Hauptschule im „härteren“, östlichen Teil von Berlin Kreuzberg (SO 36). In der Zeit des ersten Golfkrieges waren die türkischen und arabischen Schüler der 9. Klassenstufe stark von den politischen Ereignissen aufgewühlt. Manfred Ohm hat damals mehrere Wochen Schüler dabei pädagogisch begleitet, sich in die für den Golfkrieg relevanten Hintergründe und Probleme einzuarbeiten. Daraus entstanden Wandzeitungen für die Schule, die sich sehen ließen. Ohm hat einen lesenswerten Text vorgelegt über die praktische Arbeit zur Veränderung der Vorstellungen und Ideologeme, die Schüler von der Türkei haben: „Türkei Er-fahren. Zehn Jahre Türkeireiseprojekte.“ Hg. von Stiftung Umverteilen. Berlin 1997. Dieser Text zeigt die für Manfred Ohm charakteristische Mischung aus großer Vertrautheit mit praktischen Lernprozessen und theoretischer Reflexion sowie Analyse. Andere in den 1990er Jahren entstandene, nicht zuletzt auch didaktisch sorgfältig aufbereitete Texte⁷ hat er später auf einer eigenen Netzseite veröffentlicht, die leider nicht mehr online ist. M. Ohm schätzte die Diskussionen in einer langjährigen Arbeitsgruppe zu politischen und gesellschaftskritischen Analysen als ein Korrektiv gegen das Aufgefressen-Werden vom Schulbetrieb, gegen Pragmatismus und Praktizismus. Das spannungsvolle Verhältnis zwischen eigener Alltagspraxis und gründlicher Gesellschaftskritik hat nicht nur die Seite der Bewährung und Konkretisierung des Allgemeinen im Besonderen und Konkreten, sondern auch die des Gegengewichts der inhaltlichen Auseinandersetzung unter entsprechend Qualifizierten gegenüber dem Alltag. Ein Zitat aus der damaligen Diskussion: „Junglehrer haben allgemeine Vorstellungen von der Schule – aber von außen. Wenn sie keine erfahrenen kritischen Kollegen vorfinden, die die Perspektive der Schulkritik präsent machen (und z.B. auch durch ausgearbeitete Unterrichtsmaterialien weitergeben), geht der Übergang von Idealen zum pragmatischen Berufszynismus schnell. Es ist einigermaßen traurig, wenn in der GEW Berlin die Festanstellung von Fristverträgern gegenwärtig das Hauptthema ist, die notwendige Diskussion über Schulkritik und -reform aber fehlt. Anzuknüpfen ist im pädagogischen Bereich bspw. an Texte von Negt (Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche 1997) oder von Gruschka (Bürgerliche Kälte und Pädagogik 1994).“ 1994 hat M. Ohm mitgearbeitet an einer Auseinandersetzung mit der zunehmenden Beliebtheit der ‚links‘ und der damals in der Redaktion modischen sog. ‚Pop-Linken‘. Vgl. den Artikel: Materialismus und Kritik – Zur Perspektive einer Zeitschrift (in: Links 7/8 1994). Von all dem ist in dem Nachruf zu Manfred Ohm, der in der Zeitung „Express“ (Zeitung

6 „Halbbildung ist defensiv; sie weicht den Berührungen aus, die etwas von ihrer Fragwürdigkeit zutage fördern könnten“ (Adorno 1979, 117), und wird insofern „unansprechbar“ (Ebd., 119). „Halbbildung [...] ist stets fixiert an die Vorstellungen, welche sie an die Sache heranbringt“ (Ebd., 118). „Das Halbverstandene und Halberfahrene ist nicht die Vorstufe der Bildung“. Es handelt sich um „Bildungselemente, die ins Bewusstsein geraten, ohne in dessen Kontinuität eingeschmolzen zu werden“ (Ebd., 111f.).

7 Manfred Ohm: Probleme einer Programmatik der interkulturellen Bildung und Erziehung. 128 S., 1993

für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) 1/2012 veröffentlicht wurde, keine Rede.

Politisches Engagement im Schulbereich umfasst auch die Aufgabe, Lehrer dazu zu befähigen, im Deutsch-Unterricht in höheren Klassen bei der Interpretation des zu Lesenden Alternativen zu ideologischen Lesarten zu eröffnen. Diese inhaltliche Auseinandersetzung bedarf einer Vorbereitung, die bereits im Studium beginnt. Dafür müssen entsprechende Interpretationen verbreitet werden. Sie subsumieren nicht das Besondere dem Allgemeinen, sondern schließen das Besondere zum in ihm enthaltenen Allgemeinen auf. Analysen von Musik und Literatur vergegenwärtigen, wie das Wissen um die gesellschaftliche Konstitution nicht von der Wahrnehmung des Kunstwerks wegführt, sondern sie vertieft (vgl. Adorno 1981, 49f.). Es handelt sich nicht darum, „die Herkunft der einzelnen Künstler, ihre politischen und sozialen Anschauungen, oder allenfalls den Stoffgehalt ihrer Werke zu analysieren. [...] Erst neuerdings hat man in wachsendem Maße in die soziologische Behandlung die Form- und Gestaltungsprobleme der Kunstwerke hineingezogen, die früher einer von der sozialen Realität distanzierter Geistesgeschichte vorbehalten waren. Genannt sei, als verbindliches Zeugnis dieser Intention, das 1953 erschienene Werk ‚Sozialgeschichte der Kunst und Literatur‘ von Arnold Hauser“ (Institut für Sozialforschung 1974, 93). Hauser „ist fähig, die Fülle des künstlerischen Details durch eine konsistente und durchgearbeitete Vorstellung vom gesellschaftlichen Prozess zu erhellen. [...] Kunst wird erklärt aus der gesellschaftlichen Totalität, ohne dass darüber der spezifische Ort und die spezifische Funktion der einzelnen Phänomene zu kurz kämen“ (Ebd., 94). Mir geht es hier um den Ansatz und nicht darum, Adornos oder Hausers Kunstanalysen sowie ihre Unterschiede inhaltlich zu diskutieren. **B e i s p i e l e** für Texte, die Lehrern bei der beschriebenen Aufgabe helfen können, fanden sich in Literatur-Interpretationen, die das Bremer ‚Projekt Deutschunterricht‘ um Heinz Ide und Bodo Lecke seit Anfang der 1970er Jahre veröffentlicht hat.⁸ Vgl. auch für den Ansatz der hier gemeinten Literaturanalysen Christian Enzensbergers (1981) Analyse des ‚Kaufmann von Venedig‘ und ‚Oliver Twist‘ oder Reinhard Asslings Analyse des ‚Werther‘ (1981). In Bezug auf den Geschichtsunterricht haben der frühere Bremer Lehrerausbilder Rolf Gutte und Freerk Huisken (1997, 291-368) für Lehrer und Schüler verständliche Auseinandersetzungen mit Werken wie „Die Welle“ (M. Rhue), „Schindlers Liste“ u. a. vorgelegt. Die Marxistische Gruppe hat ihre „Marxistische Schulzeitung“ in den 1980er Jahren an Oberstufenschulen verteilt. Sie enthielt Kritiken an „Klassikern des Deutschunterrichts“. Die Kommentare beabsichtigen, die für das jeweilige Buch zentralen ideologischen Grundfiguren herauszuarbeiten. Eine Zusammenstellung einiger dieser Artikel findet sich in der Broschüre „Was man im Unterricht lernt. Deutsch/Literatur.“

Das politische Engagement im Hochschulbereich kann Überlegungen zur „Kritik bürgerlicher Wissenschaft“ aufnehmen. An den Erzeugnissen „bürgerlicher Wissenschaft“ „weisen wir die ihr immanenten Widersprüche und Aporien nach: Dabei verweisen diese Widersprüche stets auf die

⁸ Vgl. z. B. Heinz Ide, Bodo Lecke (Hg.) 1974: Literatur der Klassik I. Dramenanalysen. Stuttgart

ungeklärten und als naturwüchsig angenommenen Voraussetzungen der Wissenschaft, welche allein mit den gesellschaftlichen Verhältnissen adäquat erklärt werden können“ (RotZeG München 1972, 163). In der ‚links‘, der monatlich erscheinenden Zeitschrift des SB, war zwar positiv von „der Kritik bürgerlicher Wissenschaft“ die Rede (vgl. Nr. 40, Januar 1973, S. 7; Nr. 62, Februar 1975, S. 24). Praktisch folgte daraus aber wenig.

Die angesprochene Wissenschaftskritik fasst den Dienst der Geistes- und Sozialwissenschaft für die moderne kapitalistische Gesellschaft nicht im Horizont der Nützlichkeitsbeziehung oder der äußeren Instrumentalisierung auf. Die Kritik fokussiert sich nicht auf Auftragsforschung oder unmittelbar parteiliche Theorien. Nicht die Übergriffigkeit eines Subjekts gegenüber dem Objekt steht im Vordergrund. Die Sozial- und Geisteswissenschaft wird zur bürgerlichen Wissenschaft gerade umgekehrt dadurch, dass sie sich ihrem Objekt in seiner unmittelbar erscheinenden Gestalt unterwirft. „Erkennen“ ist dann „herabgesunken zur bloßen Vergleichung zwischen zwei selbständigen Seiten, der subjektiven Bestimmung mit einem davon unberührten Gegenstand, zur permanenten Konfrontation subjektiver Aussagen mit den unmittelbar gegebenen Gegenständen, wobei der Anspruch, Erkenntnis solle es sein, sich als Forderung nach Übereinstimmung geltend macht“ (Sozialistisches Studium, Bd. 3, 237). Das erkennende Subjekt verhalte „sich negativ gegen seine eigene Erkenntnistätigkeit, nicht aber negativ gegen die Vorgefundenheit des Objekts“ und „orientiert sich nun am Gegenstand als selbständig belassener Voraussetzung“ (Ebd.).

Dasjenige Bewusstsein, das Gegenstand der Wissenschaftskritik ist, fokussiert sich auf Zusammenhänge in der gesellschaftlichen Oberfläche⁹ sowie auf die bessere oder schlechtere Lösung von Problemen *innerhalb* des vorgegebenen Rahmens. Ein solches Denken bewegt sich im unerkannten Horizont einer vorausgesetzten Struktur, die es *als* Struktur nicht zu denken vermag.¹⁰ Einzelne Momente werden auf andere Momente bezogen und als füreinander notwendig, nützlich und sinnvoll interpretiert.¹¹ Dieses Denken nimmt dann einzelne erscheinende Korrelationen,

9 Ökonomen konzentrieren sich oft auf Ablaufgesetzmäßigkeiten und erforschen, was unter welchen Bedingungen eintritt und was nicht. „Die Nationalökonomie geht vom Faktum des Privateigentums aus. Sie erklärt uns dasselbe nicht. Sie fasst den materiellen Prozess des Privateigentums, den es in Wirklichkeit durchmacht, in allgemeine abstrakte Formeln, die ihr dann als Gesetze gelten. Sie begreift diese Gesetze nicht“ (MEW-Erg.bd. 1, 510). Die Ökonomie interessiert sich bspw. dafür, „warum der Marktpreis einer Ware über ihren Wert steigt oder unter ihn fällt, aber sie können nie über diesen Wert selbst Aufschluss geben“ (MEW 16, 119).

10 „Diese ‚Theorie‘ ist immer nur die Reflexion dieses nicht kritisierten, nicht erkannten Ziels innerhalb seiner Verwirklichungsmittel, d. h. ein Unter-Produkt der Reflexion des Zieles der technischen Praxis über diese Mittel. Eine ‚Theorie‘, die nicht das Ziel in Frage stellt, dessen Unter-Produkt sie ist, bleibt die Gefangene dieses Ziels und der ‚Realitäten‘, die sie als Ziel auferlegt haben“ (Althusser 1968, 110).

11 Bspw. wird der Monarch als notwendig erachtet aufgrund der Ungeordnetheit des Volkes. „Das Ganze eine Tautologie. Wenn ein Volk einen Monarchen und eine mit ihm notwendig und unmittelbar zusammenhängende Gliederung hat, d.h., wenn es als Monarchie gegliedert ist, so ist es allerdings, aus dieser Gliederung herausgenommen, eine formlose Masse“ (MEW 1, 230).

Ursache-Folge-Zusammenhänge und andere Verknüpfungen der verschiedenen Momente auf. Es formuliert diese Beziehungen unter Ausblendung der ihnen zugrundeliegenden Struktur.¹² Die übergreifende Struktur ist insgeheim unterstellt, wird aber nur sichtbar in Bezügen zwischen einzelnen ihrer Momente, die nicht als *ihre* Momente, sondern als selbständige Faktoren erscheinen. Sie scheinen sich gegenseitig zu beeinflussen, zu benötigen oder herauszufordern. Diese „Reflexionsbeziehungen“ (Hegel) zwischen den verschiedenen, aus ihrer Ordnung gerissenen Momenten der abwesenden Struktur erlauben es, die Ordnung zu legitimieren, aber nicht zu begreifen. Ein solches Denken arbeitet die Nützlichkeit und den Sinn gesellschaftlicher Faktoren für das Handeln der Individuen heraus, so dass sie als der Realisierung seiner Interessen und Motive dienlich erscheinen. Die Notwendigkeit von Wissenschaftskritik und einige ihrer Aufgaben habe ich für eine Publikation des Asta der FU Berlin skizziert (Creydt 2001).

Die beschriebene Wissenschaftskritik als ein Moment linker Praxis an Hochschulen hervorzuheben heißt nicht, einem bei den Roten Zellen/AK und der Marxistischen Gruppe – die „Kritik bürgerlicher Wissenschaft“ an Universitäten war in den 1970er Jahren der Schwerpunkt ihrer Praxis – vertretenen Rationalismus bzw. Kognitivismus in Bezug auf Lernprozesse zu folgen.¹³ Oskar Negt schreibt zu Recht: „Die Herstellung von Vertrauensverhältnissen zu einer Person, die, indem sie die Anonymität verlässt, für die Kollegen eine konstante politische Linie verkörpert, wodurch eine konkrete gesellschaftliche Alternative zum Bestehenden am Ort sichtbar wird [...] diese und ähnliche Elemente bestimmen den Begriff von Agitation im Produktionsbereich offenbar stärker als der Kopfglaube der Agitation, wie er auf Versammlungen von Intellektuellen Wirkungen erzielt“ (Negt 1975).¹⁴ Manche Arbeitskämpfe entfalten über ihre unmittelbaren Ziele hinaus eine Dynamik, in der die Beschäftigten Solidarität und Selbstbewusstsein entwickeln. In einem Bericht des ehemaligen langjährigen Betriebsrates Peter Bach über einen erfolgreichen Arbeitskampf heißt es, man habe erfahren können, „wie handfest eine gesamte Belegschaft – selbst die Kranken sind zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung ins Werk gekommen – widerstehen kann. Dann herrscht für ein halbes Jahr, oder für noch eine längere Zeit, im Werk eine Atmosphäre, die von einer ganz anderen Situation geprägt ist als das normale Arbeitsleben. Ich sage jetzt mal, diese Depression der Konkurrenz tritt im und nach einem gemeinsamen Widerstand in den Hintergrund“ (Arbeitskreis Forum Betrieb, Gewerkschaften und soziale Bewegungen 2009, 38). Solche Arbeitskämpfe sind ein Beispiel, angesichts dessen die folgende These verständlich wird: „Der Warenfetisch ist nicht durch reine Aufklärung über seinen gesellschaftlichen Ursprung aus der Welt

12 „Die politische Ökonomie hat [...] zwar, wenn auch unvollkommen, Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat sich niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert [...] des Arbeitsprodukts darstellt“ (MEW 23, 85f.).

13 Eine umfassende Auseinandersetzung mit dem auch aus anderen Gründen kritikwürdigen Gedankengebäude der Marxistischen Gruppe bzw. Zeitschrift „Gegenstandspunkt“ findet sich in Creydt 2015. Zu den Leistungen und Grenzen der Wissenschaftskritik seitens der Roten Zellen/AK bzw. der Marxistischen Gruppe vgl. ebd., 180-185.

zu schaffen, sondern nur durch Gegenproduktion“ (Negt, Kluge 1981, 791).

Schluss

In manchen latent uninteressierten Darstellungen des SB tauchen seine für heute relevanten positiven Ansätze erst gar nicht auf. Im Grunde steht das Urteil schon von vornherein fest: Das „Undogmatische“ wird für gut befunden, die „Basisnähe“ ebenfalls. An der lockeren Organisationsweise lassen sich leicht Vorteile und Nachteile unterscheiden. Wahlweise wird die Nähe zum Reformismus und Spontaneismus bestritten oder kritisiert usf. Solche „Einordnungen“ bringen ihre fertigen Kategorien an den Stoff heran und lassen sich durch ihn nicht herausfordern. „Sie begeben sich gar nicht in die Dinge selbst, in die Fragen selbst hinein, sondern glauben darum über ihnen zu sein, weil sie nicht in ihnen sind“ (Adorno 1973, 119f.). Der Clou oder die heute noch relevanten Herausforderungen des SB – auf zwei von ihnen habe ich in diesem Text hingewiesen –

14 Im Betrieb bspw. werden sich Linke mit einem für die Kollegen als extrem erscheinenden Wahlauftritt und der Auseinandersetzung über ihn zurückhalten. Vgl. ‚Arbeiterpolitik‘ 6/1976. „Wir wollten unseren Freunden, die im Betrieb, in den Gewerkschaften und in der Arbeiteröffentlichkeit mit diesen (sozialdemokratischen – Verf.) Wählern in Verbindung stehen, mit ihnen arbeiten, leben und sprechen, empfehlen, nicht wegen einer so wichtigen Sache wie der Wahl ihr Verhältnis zu dieser Umgebung und das mühselig erworbene Vertrauen zu belasten“ (Ebd., 4). Eine andere Überlegung weist in die gleiche Richtung. Ich zitiere sie wiederum nicht, um für die betreffende politische Gruppe (hier: SAV – Sozialistische Alternative Voran) zu werben. „Im Kölner Stadtteil Kalk sollte beim Traktorenhersteller Deutz-Fahr (1996 – Verf.) die Produktion nach Süddeutschland verlegt und das Kölner Werk geschlossen werden. [...] Hätten wir vom ersten Tag einen Vollstreik und Betriebsbesetzung gefordert, so wären wir den KollegInnen meilenweit voraus gewesen und wir hätten uns unter den ArbeiterInnen kein Gehör verschaffen können.“ Es „konnte letztlich ein zehntägiger wilder Streik durchgeführt werden, der zwar nicht die Schließung des Betriebes verhindern konnte, jedoch weitaus größere Abfindungen erreichte, als sie ursprünglich von der Unternehmensleitung angeboten worden waren.“ Es „wäre absurd gewesen allgemein für unbefristeten Streik und Betriebsbesetzung einzutreten, weil die Voraussetzungen leider nicht existierten. Die Aufgabe von MarxistInnen heute ist auch der Wiederaufbau der Arbeiterbewegung im Allgemeinen. Das bedeutet häufig in Betrieben erst wieder kämpferische gewerkschaftliche Strukturen beziehungsweise innergewerkschaftliche Oppositionsstrukturen zu schaffen“. Zu kritisieren sind Positionen, denen zufolge es „nur schwarz und weiß gibt. Entweder ‚konsequenter Kampf‘ (= Streik und Betriebsbesetzung) oder ‚Verrat‘. Die Realität des Klassenkampfes ist aber nicht schwarz oder weiß, sondern vollzieht sich in Widersprüchen. Als KlassenkämpferIn muss man wissen, wie und wann man die möglichen Kampfmaßnahmen einsetzt. Man muss auch in der Lage sein das Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen und wissen, wann man zum Angriff blasen kann und wann es sinnvoll ist einen geordneten Rückzug anzutreten, Kompromisse zu schließen oder sogar eine Niederlage zu akzeptieren. Dies kann in bestimmten Situationen sinnvoller sein, als einen Kampf aus Prinzip bis zum bitteren Ende zu führen, denn am Ende kann eine Niederlage stehen, die schlimmere Folgen hat, als ein Kompromiss, und die die Kampfbereitschaft eventuell auf längere Zeit hin untergräbt. Dabei bedarf es eines detaillierten Verständnisses der konkreten Situation, um einschätzen zu können, welche Kampfmaßnahmen geeignet sind oder ob ein Kompromiss ‚faul‘ ist und die Gewerkschaftsführung ihn nutzt, um einen Kampf zu verhindern oder ob tatsächlich nicht ‚mehr drin war‘“ (Stanicic 2001, 35).

kommen ebenso wenig vor wie eine Auseinandersetzung mit offenen Problemen und Kritiken.¹⁵

Literatur:

- Adorno, Theodor W. 1973: Vorlesung zur Einleitung in die Soziologie (im Sommersemester 1968), Raubdruck Frankfurt M.
- Adorno, Theodor W. 1979: Soziologische Schriften. Bd. 1. Frankfurt M.
- Adorno, Theodor W. 1981: Noten zur Literatur. Frankfurt M.
- Althusser, Louis 1968: Für Marx. Frankfurt M.
- Assling, Reinhard 1981: Werthers Leiden. Marburg (Diss.)
- Creydt, Meinhard 2001: Wissenschaft, die nicht denkt. In: Fachschaftsreferat des Asta FU Berlin (Hg.): Reader zum kritischen Hochschultag am 23.5.2001, S. 2-11 und 111ff.
<http://www.meinhard-creydt.de/archives/24>
- Creydt, Meinhard 2015: Der bürgerliche Materialismus und seine Gegenspieler. Interessenpolitik, Autonomie und linke Denkfallen. Hamburg
- Enzensberger, Christian 1981: Literatur und Interesse. Frankfurt M.
- Gassmann, Bodo 2004: Gegen links-sozialdemokratische Illusionen. O. Negts Vorstellungen von Arbeit und menschlicher Würde. In: Erinnyen. Zeitschrift für materialistische Ethik, Nr. 15. Garbsen bei Hannover
- Gutte, Rolf; Huisken, Freerk 1995: Alles bewältigt, nichts begriffen. Nationalsozialismus im Unterricht. Berlin (Neuaufgaben 2007, 2019 bei VSA, Hamburg)
- Institut für Sozialforschung 1956: Soziologische Exkurse. Frankfurt M.
- Kluge, Alexander 1974: Zwei Seminare von A. Kluge im Frühjahr 74 an der Universität Frankfurt zur Theorie des Films. In: Alexander Kluge, Oskar Negt: Kritische Theorie und Marxismus. S'Gravenhage
- Kluge, Alexander 1977: Öffentlichkeit ist ein Produktionsprozess. In: Links – Sozialistische Zeitung, Nr. 85. Offenbach/Main
- MEW: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Berlin (DDR) 1956 ff.
- Negt, Oskar 1975: Erfahrung, Emanzipation und Organisation. In: Links, Juli/August
- Negt, Oskar 1980: Alternative Politikformen als politische Alternative? In: Roland Roth (Hg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen. Frankfurt M.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander 1972: Öffentlichkeit und Erfahrung. Frankfurt M.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander 1981: Geschichte und Eigensinn. Frankfurt M.
- Ohm, Manfred 1999: Zum Verhältnis Bündnisgrüne – Bewegungen. Ms Berlin
- RotZeG (Rote Zelle Germanistik) 1972: Wissenschaft und Kapital. Zur Grundlegung sozialistischer Hochschulpolitik. München
- Schwartz, Richard C. 1997: Systemische Therapie mit der inneren Familie. München
- Sozialistisches Büro (Hg.) 1973: Für eine neue sozialistische Linke. Analysen – Strategien– Modelle. Frankfurt M.
- Stanicic, Sascha 2001: Welcher Weg zum Sozialismus? Eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis von Linksruck. Hg. v. d. SAV. Berlin
- Studentenschaft Bayerns (Hg.) 1973: Sozialistisches Studium. Darin: Allgemeiner Exkurs: Zum Fehler bürgerlicher Geisteswissenschaft. München
- Vack, Klaus 2005: Das andere Deutschland nach 1945. Köln
- West, Klaus W. 1995: Der politische Raum der Arbeit. Münster

Eine Schilderung der Entwicklung und der Praxis des SB in seinen Anfangsjahren findet sich bei Margareth Kukuck: Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967.

¹⁵ Leider sind auch den „politisch-biographischen Skizzen und Beiträgen“ von Klaus Vack (2005), einer zentralen Figur des SB in den 1970ern, zwar manche Details zu entnehmen, aber keine tiefgehenden Aufschlüsse zu den genannten Essentials des SB. Vack erklärt nicht einmal, warum es ihn und Wolf-Dieter Narr drängte, das SB verlassen und ein eigenes Grundrechte-Komitee zu gründen. Oy und Vack thematisieren die problematische Rolle von Elmar Altvater im Berliner SB nicht. Altvater hat massiv dafür geworben, den SB-Ansatz nicht weiter zu verfolgen, sondern sich an (grüner) Parteipolitik zu orientieren.

Hamburg (Verlag Association) 1974, S. 201-224.

Kritiken an Theorie und Praxis des SB finden sich u. a. in folgenden Publikationen:

- Autorenkollektiv: Hochschulsozialismus. In: Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster 1978 (Darin S. 63-138 Auseinandersetzung mit Oskar Negt)
- Resultate der Arbeitskonferenz (Theoretisches Organ der Roten Zellen/AK München), Nr. 2. München 1975, S. 73-157
- Der Büro-Sozialismus. (Zu den Thesen des SB). In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 7 (1976, H. 2), S. 254-271. Westberlin
- Apel, Harmut; Heidorn, Joachim 1977: Subjektivität und Öffentlichkeit. In: Prokla H. 29, 7. Jg. (Kritik an den theoretischen Auffassungen von O. Negt)¹⁶
- Sozialistische Hochschulgruppe Duisburg: Über die Schwierigkeiten der ‚Büro-Linie‘ des Sozialistischen Büros mit der Sozialistischen Hochschulgruppe Duisburg (SHG). In: Sozialistische Hochschulzeitung Extra (SHZ). Duisburg 1977, S. 1-10 (Din A 3)
- Negation des Dogmatismus. SpontanBürokraten. In: Rheinische Zeitung Bonn (hg. von der Gruppe Rheinische Zeitung Bonn), Jg. 1, Nr. 9
- Politikon, Nr. 49 (1975), Nr. 50 (1976). Göttingen
- Thomas Dubbel: Kritik der Thesen des Sozialistischen Büros. In: Die Internationale (Hg. von Gruppe Internationale Marxisten), Nr. 7, S. 59-106. Frankfurt M. 1975
- Volkhard Mosler: Zur Gewerkschaftspolitik des Sozialistischen Büros. In: Klassenkampf – Zeitschrift für Internationaler Sozialismus. (Politische Zeitschrift der Sozialistischen Arbeitergruppe), Nr. 1, S. 23-29. Frankfurt M., August 1976
- Alex Demirovic 1976: Elemente der ideologischen und politischen Praxis des SB. In: Verlag Arndtstraße (Hg.): Neuorientierung Neuorganisation. Zur zweiten Organisationsdebatte in der BRD. Arndtheft 1. Frankfurt M.
- Kritik der Thesen des SB. In: Langer Marsch, Nr. 17. Westberlin 1975

Zum Sozialistischen Lehrerbund (SLB) bzw. „Arbeitsfeld Schule“ des SB:

- Hier bin ich links, hier darf ich’s sein. In: Rheinische Zeitung Bonn (hg. von der Gruppe Rheinische Zeitung Bonn), Jg. 2, Nr. 16, S. 21-27
- Arbeitskreis Bildung: Kritik des Sozialistischen Lehrerbüros. In: Bildung (Zeitung des AK Bildung), Nr. 4, S. 1-6, 8-11. Göttingen 1979 (Din A 3)
- Marianne Roggmann: „Roter Pauker“ contra wissenschaftlicher Sozialismus. In: Theorie und Klasse (Hg. von Reinhold Oberlercher), Nr. 4, 1973. Hamburg
- Frithjof Rendtel: ‚Der Rhein dampft‘ – ein Projekt bürgerlicher Dequalifikationspädagogik. In: Theorie und Klasse (Hg. von Reinhold Oberlercher), Nr. 4, 1973. Hamburg
- Reinhold Oberlercher: Wissenschaftsanarchie und bürgerliche Didaktik (Replik zum SLB-Info 14). In: Theorie und Klasse (Hg. von Reinhold Oberlercher), Nr. 5, 1973. Hamburg

Auszug aus dem Artikel der SHG Duisburg (Sozialistische Hochschulgruppe Duisburg: Über die Schwierigkeiten der ‚Büro-Linie‘ des Sozialistischen Büros mit der Sozialistischen Hochschulgruppe Duisburg (SHG). In: Sozialistische Hochschulzeitung Extra (SHZ). Duisburg 1977, S. 1-10

„Bertolt Brechts Gedicht ‚Der Zweifler‘ als Vorspann zu den ‚Thesen‘¹⁷ demonstriert eine der

¹⁶ Eine kurze Replik auf diesen Artikel findet sich in: Gerhard Wegner 1978: Organisation der kollektiven proletarischen Erfahrung. In: Prokla, H. 30, 8. Jg.

¹⁷ Gemeint ist die Publikation: Sozialistisches Büro (Hg.): Thesen des Sozialistischen Büros – Entwurf des Arbeitsausschusses des SB. Verlag 2000, Offenbach, 1975, 104 S.

wesentlichen Merkmale [...]. Das SB definiert sein Selbstverständnis im wesentlichen durch seine Pluralität, wiewohl diese ihm oft genug zum Hemmschuh wird. Besonders dort, wo diese die notwendige Diskussion zur Vereinheitlichung [...] verhindert und gar eine praktische Durchsetzung sozialistischer Politik der Gesamtorganisation verunmöglicht. Dies ist die Folge des kokettierenden Umgangs des SB mit seiner ‚Undogmatik‘, die auf Teile der linken Bewegung, die sich von der sektiererischen Politik diverser K-Organisationen abwenden, eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Diese Undogmatik des SB verhindert aber gerade das, was das SB zu tun vorgibt. Sie verhindert die Auseinandersetzung über zentrale Fragen sozialistischer Politik [...].

Diskussionen finden zu diesem Zweck im SB sicherlich genügend statt, aber sie können keine Einigung erzielen, weil das Ergebnis feststeht. Denn das SB hat seine so attraktive Pluralität zu einer unantastbaren Bedingung seiner Tätigkeit gemacht. Unter solchen Umständen sind die politischen Auseinandersetzungen im SB eigentlich witzlos, da der Pluralismus eine heilige Kuh ist, die schlachten zu wollen ein Sakrileg darstellt. [...]

Die ‚Undogmatik‘ des SB besteht in seinem ‚Dogma der Undogmatik‘, das es als Organisationsprinzip auch in dogmatischer Weise durchzusetzen weiß. Es erweist sich so, was das Wesen des SB-Pluralismus ist: Monopolpluralismus. Diese Bezeichnung hat Brentano für das Pluralismusverständnis bürgerlicher Wissenschaft geprägt“. Vgl. Margherita von Brentano: Wissenschaftspluralismus als Kampfbegriff. In: Das Argument, Nr. 66, 1971.

„Sozialistische Organisation verwirklicht ihre Politik auf der Grundlage bestimmten Wissens über kapitalistische Gesellschaft, sonst würde sie sich als solche infrage stellen. Der prinzipielle Zweifel hat hier keinen Platz. Ihn zu einem wesentlichen Moment sozialistischer Politik zu machen, hieße dem Skeptizismus freien Lauf zu lassen [...]. Der Skeptizismus lässt erkenntnisgeleitete Praxis nicht zu. Anders verhält es sich mit Kritik. Diese ist produktive Grundlage dafür, dass Fehler und Mängel benannt und korrigiert werden [...]. Diese Differenz von Kritik und Skeptizismus nicht zu erkennen, ja beide Begriffe miteinander zu verwechseln, ist das Dilemma des SB:

‚Inzwischen, wenn die Besorgnis, in Irrtum zu geraten, in Misstrauen in die Wissenschaft setzt, welche ohne dergleichen Bedenklichkeiten ans Werk selbst geht und wirklich erkennt, so ist nicht abzusehen, warum nicht umgekehrt ein Misstrauen in dies Misstrauen gesetzt und besorgt werden soll, dass diese Furcht zu irren schon der Irrtum selbst ist‘ (Hegel).“

Ich füge einen Artikel von Volkhard Mosler an. Es handelt sich um eine der wenigen mir bekannten Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaftspolitik des SB. Der Artikel erschien in: Klassenkampf – Zeitschrift für Internationaler Sozialismus. Nr. 1, Frankfurt M., August 1976

Zur Gewerkschaftspolitik des Sozialistischen Büros

von Volkhard Mosler

Die unmittelbaren Vorläufer des 1969 gegründeten Sozialistischen Büros waren der *Sozialistische Bund* (1962), die *Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition* (ASO, 1967) und das *Sozialistische Zentrum* (1968). Zweimal, nämlich 1963 und 1968, gab es Ansätze zur Bildung einer neuen Partei zwischen SPD und illegaler KPD. Beide Versuche scheiterten im Ansatz.

Der Versuch des im Februar 1968 in Offenbach gegründeten *Sozialistischen Zentrums*, ein Wahlbündnis für die anstehenden Bundestagswahlen zu bilden, scheiterte sehr bald, nämlich im August 1968, als russische Truppen in die CSSR einmarschierten. Die Prinzipienlosigkeit des sich als "Sammlungsbewegung" aller "Linken" verstehenden SZ wurde offenbar. Die Legalisierung der DKP ließ auch von dieser Seite her das Interesse an Wahlblock-Bündnissen erlahmen.

Als sich 1969 das heutige SB bildete, war eine neue politische Situation gegeben. Links vom SB gab es die APO, eine breite, unter Führung von Revolutionären stehende Protestbewegung, deren Zentrum die Hochschulen, Schulen und die übrigen Ausbildungssektoren waren. Hier sah und fand das SB sein Hauptrekrutierungsfeld. Zunächst scheiterten die Versuche, auf die APO Einfluß zu nehmen, am rasch wachsenden Einfluß der KPD/ML und anderer maoistischer Gruppierungen. Die erste große Krise der maoistischen Parteipraktiker, nämlich der Zusammenbruch der KPD/ML war in gewisser Weise der Hintergrund, auf dem 1972 dem SB ein Durchbruch gelang: mit dem Angela-Davis-Kongreß in Frankfurt.

Dem SB gelang es, eine Reihe von bekannten ehemaligen SDS-Führern für den Kongreß zu gewinnen. Ein weiterer Einbruch in die APO gelang ihm 1973 durch die Übernahme der theoretischen Zeitschrift *Probleme des Klassenkampfes*, die von einem Kreis von ehemaligen theoretischen Führern der Berliner Studentenbewegung herausgegeben wurde. Die Publikationen und Veranstaltungen des SB zeigen, daß die Organisierung der "APO-Linken" keine Nebensächlichkeit für das SB war:

Wichtige "Arbeitsfelder" waren: Lehrerarbeit in der GEW (*Sozialistischer Lehrerbund SLB*), das *Info Sozialarbeit*, Studentenarbeit (*SHB/SF*), Zusammenarbeit mit antiimperialistischen Dritte-Welt-Gruppen (*AELA, KELA*). Wichtige Aktivitäten des SB waren die Chile-Solidarität (1973/74), und die *internationale Chile-Konferenz* (April 74), die Portugal-Solidarität (Veranstaltungen im November 75) und die Or-

ganisierung des *Jugendpolitischen Forums* 1974 in Frankfurt. Die größte Zahl der Mitglieder entspricht diesen Aktivitäten: Hochschullehrer, Studenten, Akademiker, Lehrer und Sozialarbeiter bilden die Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten.

Gleichzeitig hat die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit seit 1972 eine wichtige Rolle beim Aufbau des SB gespielt. Über die Fusion der *Sozialistischen Betriebskorrespondenz* des SB mit dem *express international* zum *express* gelang es dem SB, eine Reihe von einzelnen Gewerkschaftskontakten und Betriebsgruppen an sich zu ziehen, die als Ausläufer der hauptsächlich studentischen APO-Bewegung in den Betrieben entstanden waren. Dazu gehören beispielsweise die Siemens-Gruppe und BMW-Gruppe in München, die Postgruppe in Frankfurt, die Schering-Gruppe in Berlin. Daneben gab es freilich auch einzelne Gruppen oder Kontakte, etwa zu AEG in Gelsenkirchen oder Daimler-Benz in Stuttgart, die entweder schon dem SB angehört hatten oder von der DKP (*Hoss/Mühleisen*) zum SB gestoßen sind.

Nach den schmerzlichen Parteiaufbau-Erfahrungen von 1963 und 1968 gingen die SB-Führer nach 1969 vorsichtiger vor. Sie "sammelten" für den Parteiaufbau auf einer Anti-Parteiaufbau-Linie. In ihren 1975 erschienenen Thesen des SB stellen sie ihre Entwicklung selbst folgendermaßen dar:

"Insofern bestimmte sich die politische Position des Sozialistischen Büros innerhalb der westdeutschen Linken zunächst negativ: Das SB wurde zum Anziehungspunkt für solche Sozialisten, die in die Umfunktionierung der SPD in eine sozialistische Partei keine Hoffnungen setzten, — die die theoretisch-politische Position und die Struktur der innerparteilichen Willensbildung der DKP nicht akzeptieren wollten, — die den Weg der Gründung studentischer Kaderparteien für falsch hielten."

Das war in der Tat das "Programm", auf dem das SB von 1969 bis 1974 organisiert.

So hieß es beispielsweise in "links" vom Dezember 1974:

"Das SB erhebt keinen Führungsanspruch gegenüber den beteiligten Gruppen und es entspricht nicht unserer Konzeption, eine neue Partei zu errichten."

Es ging ihnen scheinbar um die "Überwindung hierarchisch-traditioneller Organisationsmuster" usw.

Im November 1974 kam dann die zu erwartende Wende zum Parteiaufbau. Bei dem Versuch, die Einzelmitgliedschaft auf der Basis einer verbindlichen politischen Plattform einzuführen, kam es zu einer

Kampfabstimmung, die etwa zwei gleich große Lager ergab. Die SB-Konferenz vertagte daraufhin die Entscheidung. Aber die Abstimmung zeigte auch das Problem: Die Wende zum Parteiaufbau, zur festen Organisierung der ziemlich lockeren, aber auch ziemlich weiten Peripherie des SB stieß auf den Widerstand eines weiten Teils der "antiautoritären" Basis. Was im November 74 nicht auf Anhieb gelang, wurde dann Schritt für Schritt, ohne Generaldebatte und Abstimmung, durchgeführt. "*Der Grad der Verbindlichkeit, der politischen Praxis von Gruppen und einzelnen Genossen, die sich am Sozialistischen Büro orientieren, (ist) vergrößert worden,*" heißt es in den Thesen (Februar 1975).

Es ist nicht die Aufgabe dieser Analyse, den im innersten Kern reformistischen Charakter des SB nachzuweisen. Das werden wir an anderer Stelle in dieser Zeitschrift nachholen. Hier soll es exemplarisch für die Gewerkschaftsstrategie- und Taktik des SB gezeigt werden.

Das SB sagt in seinen Thesen, daß "seine aktivsten Mitglieder überwiegend Intellektuelle sind". Diese hat es zielstrebig und bewußt über Internationalismuskampagnen und innen- und sozialpolitische Kampagnen angesprochen und organisiert. Gleichzeitig hat es durch eine gewerkschaftlich orientierte Lehrer- und Sozialarbeiterpolitik bestimmte kritische Angestellten- und Beamten-schichten angesprochen. Die Betriebsarbeit im engeren Sinne wurde den lokalen Gruppen überlassen. Das SB hat selbst keine Betriebsgruppen aufgebaut, sondern bestehende Betriebsgruppen organisiert und an sich zu ziehen verstanden. Das Hauptinstrument hierzu waren der *express* und die *express*-Redaktionskonferenzen. Zwischen dem *express* und seinen Redaktionskonferenzen und den übrigen Aktivitäten des SB besteht eine gewisse Kluft, die sich auch in einer organisatorischen Trennung (*links* als politische Zeitschrift, *express* als gewerkschaftliches Organ, besondere regionale Arbeitstreffen und Arbeitskreise der locker am *express* orientierten Gewerkschafter, Wahl der *express*-Redaktion aus den Gewerkschafts-Arbeitskreisen, nicht aus den politischen Strukturen des SB wie Delegiertenrat und Mitgliederversammlung)

Diese organisatorische Trennung des *express* und seiner Konferenzen von den übrigen SB-Strukturen hat ihre Erklärung in der historischen Entstehung des *express* als Vereinigung der alten *express international*-Redaktion und der SB-Sozialistischen

Betriebskorrespondenz. Da der Einfluß des alten *ex-i* über einen sogenannten *Fördererkreis für fortschrittliche Publizistik e. V.* bis weit in die Kreise der linken SPD und der unteren und mittleren sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie reichte, übertrugen sich diese politischen Orientierungen trotz einiger 'Verluste' nach der Fusion auf den neuen *express*. Das Spektrum der Anhänger reichte von Loke Mernitzka, dem Renomierarbeiter des Juso-Hauptvorstandes bis hin zu Hoss und Mühleisen von der Plakat Gruppe bei Daimler Benz. Eine Reihe von Freunden und Förderern des alten und neuen *express* saßen und sitzen in den gewerkschaftlichen Bildungsinstitutionen und sind dort mehr oder weniger geduldet, solange sie nicht offen fraktionell auf einen klaren antisozialdemokratischen und antibürokratischen Kurs auftreten. Seit der organisatorischen Festigung des SB haben diese Verbindungen in die Apparate der Gewerkschaft zwar gelitten, sind aber nach wie vor noch vorhanden. Diese linkssozialdemokratische Tradition des "express" ist bis heute von großer Bedeutung für die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsarbeit des SB.

Zur Gewerkschaftsstrategie des SB

Während etwa die Gruppe Arbeiterpolitik in den nach 1945 wiedergegründeten Gewerkschaftsverbänden ein reines Manöver der Alliierten sah und sieht, geht das SoBü von einem ursprünglich sozialistischen Charakter der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 aus, der in den fünfziger Jahren erst schrittweise aufgegeben wurde. So heißt es in den 'Thesen': *"Die traditionelle Verbindung zwischen SPD und Gewerkschaften förderte eine ähnliche Entwicklung in den Gewerkschaften der Nachkriegszeit. Die Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Arbeiterbewegung läßt sich als Prozess einer fortschreitenden, teils von den Alliierten erzwungenen, teils freiwillig vollzogenen Abkehr von sozialistischen Ansätzen und der Unterdrückung klassenkämpferischer Ansätze an der Basis beschreiben ... So kann auch der Entwicklungsprozess der Gewerkschaften in den 50er Jahren – und erst recht in den 60er Jahren – als Integrationsprozess unter die bürgerliche Politik beschrieben werden. Dieser Prozess fand – wie in der SPD schon mit dem Godesberger Programm 1959 – im DGB seinen programatischen Ausdruck im Düsseldorf-er Programm von 1963"*. Was das SB hier als Abkehr von 'sozialistischen Ansätzen' und 'Unterwerfungsprozess unter die bürgerliche Politik' beschreibt, war in Wahrheit nur ein **FORMWECHSEL** bürgerlich-reformistischer

Politik. Die Gewerkschaftsführer von 1947 unterschieden sich politisch grundsätzlich nicht von ihren heutigen Nachfolgern. Ihre Aufgabe war schwieriger, weil die Arbeiterklasse unruhiger war. Und deshalb mußten sie auch mit anderen Methoden abwiegeln. Aber die Abwiegelei als solche war heute wie damals ihr Beruf. Dies läßt sich am Verhalten der späteren DGB-Gewerkschaften zu den Hungerdemonstrationen von 1946-47, dem Marshallplan, der Währungsreform von 1948 ebenso beweisen, wie an ihrer Haltung zu den Notstandsgesetzen von 1968.

SPD und Einheitsgewerkschaften

In der 'Nullnummer' des 'express' gab die neue Redaktion eine Art programmatische Erklärung über die Ziele der neuen Zeitung ab. (*'Möglichkeiten und Perspektiven sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit'*, 15.12.1972). Die Erklärung enthielt zwar eine politische Abgrenzung gegenüber der DKP, der die Redaktion eine am Apparat orientierte Politik vorwarf, sowie gegenüber der "sektiererischen Politik kommunistischer Studentparteien", denen sie vorwarf ein "imaginäres Proletariat zu agitieren" (!?), nicht aber gegenüber der SPD. Über das Verhältnis von SPD und Gewerkschaftspolitik heißt es lediglich:

"Die Loyalität der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Regierungspartei macht es wahrscheinlich, daß die Gewerkschaftsführung den Zumutungen einer stabilitätskonformen Lohnpolitik sich beugt. Der Tiefere Grund dieser Unterwerfung unter die kapitalistische Profitlogik liegt jedoch in der Konzeptions- und Alternativlosigkeit gegenüber dem kapitalistischen System, das über den Lohnkampf wohl in die Krise zu treiben, aber nicht zu verändern ist."

Dieser Satz enthält gleich zwei wesentliche Zugeständnisse an die Sozialdemokratie. Das eine steckt in der These, daß der Lohnkampf der Arbeiterklasse in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Wirtschaftskrisen des Kapitalismus steht. (Löhne als Krisenursache). Das andere Zugeständnis liegt in der falschen Trennung der "Loyalität der Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Regierungspartei" von der "Alternativlosigkeit der Gewerkschaften gegenüber dem kapitalistischen System". Den "tieferen Grund" für die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die kapitalistische Profitlogik sieht der *Express* dabei nicht in der SPD-Hörigkeit der Gewerkschaften, sondern in der "Alternativlosigkeit". Warum haben die Gewerkschaften keine alternative Politik zur Unterwerfung unter die Profitlogik!? Weil sie keine Alternative haben! Daß es einen untrennbaren Zusammenhang zwischen dieser Alternativlosigkeit und der SPD-Hörigkeit gibt – das scheint der "express" hier leugnen zu wollen. Mit dieser merkwürdigen Trennung von politischer Orientierung und gewerkschaft-

licher Politik schlägt der *express* eine "theoretische" Brücke zur linken Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaftsapparate. Die Bindung der Gewerkschaft an die SPD erscheint demnach als zweitrangig. Der Kampf gegen die sozialdemokratische Vorherrschaft in den Gewerkschaften und der Kampf für eine alternative klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik werden künstlich voneinander getrennt. In der Wirklichkeit wird jeder Versuch, eine alternative Gewerkschaftspolitik durchzusetzen auf den erbitterten Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie treffen.

Was versteht das SoBü unter "Demokratisierung der Gewerkschaften" ?

In der Erklärung der "express"-Redaktion von 1972 hieß es, "daß wir uns in unserem Ziel einig wissen, mit Tendenzen in der Mitgliedschaft, die darauf drängen, die Gewerkschaften wieder zu einem handlungsfähigen und schlagkräftigen Instrument in den Klassenauseinandersetzungen zu machen."

In den 1975 erschienenen "Thesen des SB" heißt es dagegen: *"(Ebenso) ist die Frage, ob die Gewerkschaften zu einer Klassenkampforganisation zu machen sind, gegenwärtig rein theoretischer Natur (nur theoretisch zu "lösen")* Das Ziel einer wirklich sozialistischen Gewerkschaftsarbeit kann unserer Ansicht nach nur darin bestehen, den gewerkschaftlichen Kampf und die gewerkschaftliche Organisation zu "Kriegsschulen des Kommunismus" zu "Aufstandsorganisationen des Proletariats" (Marx) zu machen. Die Trennung der gewerkschaftlichen Tagesarbeit von diesem politischen Endziel aller sozialistischen Gewerkschaftsarbeit war stets das wesentliche Merkmal des 'Nurgewerkschaftertums', des gewerkschaftlichen Reformismus.

Ebensogut ließe sich sagen, daß die Frage des Sozialismus heute "rein theoretischer Natur" sei. Aber es ist ein Irrtum zu glauben, die Beschränkung auf 'realistische' Nahziele wirke sich nicht auf die Tagespolitik hier und jetzt aus. Das wird im letzten Abschnitt an der Gewerkschaftspraxis des SoBü zu zeigen sein. Der Verzicht auf die Formulierung der allgemeinen Ziele sozialistischer Gewerkschaftspolitik hat zur Folge, daß sich die 'Thesen' darauf beschränken, die Durchsetzung "einer konsequenten Gewerkschaftsarbeit auf 'betrieblicher Ebene' zu fordern. Darauf soll auch die innergewerkschaftliche Arbeit abgestellt sein: *"Worauf es in innerorganisatorischen Auseinandersetzungen ankommt, ist, durch den Kampf um mehr gewerkschaftliche Demokratie die Arbeitsmöglichkeiten auf Betriebsebene zu verbessern."* (Thesen 45) Dazu gehören "die Stärkung und Absicherung der Stellung von Vertrauensleuten, der Kampf gegen die Disziplinierungsmaßnahmen der Vorstände (Extremistenbeschlüsse); die Verbesserung der innergewerkschaftlichen Information und Kommunikation; die Verstärkung und Verbesserung der

Bildungsarbeit für die betrieblichen Funktionäre und Mitglieder. (These 45)

Ganz im Sinne dieser Einschränkung auf die "betriebliche Ebene" ist an anderer Stelle (These 42) von dem "Vertretungsmonopol der Gewerkschaftsführung" die Rede, das von den Mitgliedern nicht mehr bedingungslos akzeptiert werde. Als ob es den Mitgliedern darum gehen könnte, gegen eine zentrale Gewerkschaftsführung an sich, gewissermaßen unabhängig von deren politischer Linie, zu kämpfen. Wenn die zentrale Führung tatsächlich die Interessen der Mitglieder vertritt, dann hätte kein Arbeiter etwas gegen ein "Vertretungsmonopol" der Gewerkschaftsführung. Ganz in diesem Sinne der Verwechslung von Zentralismus und Bürokratismus wird (These 8) die Beschränkung des Mitgliedereinflusses auf die tarifpolitische Willensbildung in den Jahren der Hochkonjunktur mit dem Ausbau der "zentralistischen Organisationsstruktur der Gewerkschaft" gleichgesetzt. Ganz im Sinn einer "Dezentralisierung" statt einer Demokratisierung der Tarifpolitik war auch die Forderung nach einer "betriebsnahen Tarifpolitik" (1) jahrelang eine Art Steckenpferd der "express"-Redaktion gewesen. Sie entsprach dem Denken der lokalen und regionalen Gewerkschaftsführer, die selbst einen größeren Handlungsspielraum für ihre Profilierung suchten, ohne deshalb

(1) (Erklärung: die Forderung nach einer betriebsnahen Tarifpolitik ist an sich nicht abzulehnen. Aber die Frage der Verhandlungsebene ist keine prinzipielle, sondern eine rein taktische Frage. Die betriebsnahe Tarifpolitik, die eine Art Ergänzung zu den zentralen Tarifabschlüssen vorsieht, kann durch Öffnungsklauseln unter bestimmten Voraussetzungen und für bestimmte Betriebe durchaus den Mitgliederinteressen entsprechen. Das Konzept gibt aber auf die eigentliche Frage, nämlich die nach der demokratischen Kontrolle der zentralen Tarifpolitik durch die Mitglieder, keine Antwort. Gerade dies hat aber in den letzten Jahren völlig zu Recht im Zentrum oppositioneller Forderungen und Bestrebungen in den Gewerkschaften gestanden: z.B. Forderungen, die sich auf die Zusammensetzung und Wahl der zentralen Tarifkommissionen beziehen, nach Urabstimmung vor und nach jeden Verhandlungsergebnissen, nach Beseitigung der 25 % Sperrminorität gegen Streiks usw. Außerdem hatte der Chemie-Streik von 1971 in Hessen sehr deutlich gezeigt, daß auch eine betriebsnahe Tarifpolitik bürokratisch in die Sackgasse geführt werden kann. Damals hatte die IG-Chemie-Führung ein stillschweigendes Bündnis mit rechten Betriebsräten (Höchst AG) geschlossen, indem sie in Betrieben wie Höchst nicht gegen diese mobilisierte. Eine betriebsnahe Tarifpolitik verlagert deshalb die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsbürokratie nur auf eine andere Ebene, sich macht sie keineswegs überflüssig.)

der zentralen Gewerkschaftsführung und ihrer Politik den Kampf ansagen zu wollen. (In den Thesen des SB – von 1975 – tauchte diese Forderung allerdings nicht mehr auf!)

Der Begriff der Bürokratisierung spielt zu dem der Zentralisierung in der SoBü-Kritik des heutigen Gewerkschaftsapparates eine untergeordnete Rolle. Dort, wo von einer "Bürokratisierung" der Gewerkschaft, d.h. der Versetzung des Apparates gegenüber den Mitgliederinteressen die Rede ist, werden diese als unvermeidlich indirekt in Schutz genommen. So in der Antwort der Express-Redaktion auf den Angriff des IG-Chemie Hauptvorstandes auf das Sozialistische Büro (Vgl. "express", Januar 76) Dort heißt es:

"Das SB hat den Begriff "Arbeiterverräter" auf Gewerkschaftsführer nie angewandt, weil die unzweifelhaft vorhandenen Bürokratisierungstendenzen innerhalb der deutschen Gewerkschaften wie auch die Kompromisse in der Interessensvertretung in einem hohen Maße Ausdruck jener historischen, ökonomischen und politischen Verhältnisse sind, die die BRD geprägt haben."

Um nicht in den Verdacht zu kommen, die Politik der Vorstände zu billigen, heißt es schon im nächsten Satz:

"Führung und Apparat können allerdings nicht davon freigesprochen werden, zum Träger der Politik der Sozialpartnerschaft und der Blockierung innergewerkschaftlicher Demokratie geworden zu sein." Was ist ein Verräter an der Sache der Gewerkschaften anderes, wenn nicht einer, der sich zum Träger der Sozialpartnerschaft und der Blockierung innergewerkschaftlicher Demokratie macht, d.h. im Interesse des Kapitals mißbrauchen läßt?

Dahinter steht die Behauptung, daß eine sozialpartnerschaftliche, reformistische Gewerkschaftspolitik in den vergangenen beiden Jahrzehnten der BRD die einzig praktikable Gewerkschaftspolitik gewesen sei. So schrieben die "express"-Autoren Bergmann, Jacobi und Müller-Jentsch in ihrer 1975 erschienenen Untersuchung "Gewerkschaften in der BRD":

"Es ist zweifelhaft, ob eine gewerkschaftliche Politik, die in Proportionsphasen sich vornehmlich an den revolutionären Klasseninteressen ausrichtet, bei der Mehrheit der Mitglieder Resonanz fände...." Gewiss ist indessen, daß eine Politik, die sich nur am Bewußtseinsstand einer Minderheit unter den Mitgliedern orientiert, für Gewerkschaften keine praktikable Alternative darstellt."

Die "express"-Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von einer "beschränkten Rationalität" (!) der kooperativen Politik (reformistische Politik).

Man kann die Gewerkschaftsführer nicht freisprechen, aber man kann ihnen auch nichts vorwerfen! Denn die "Verhältnisse" sind schuld. Jeder Gewerkschaftsbürokrat weiß dieses Argument zu schützen: er will schon, aber die Mitglieder wollen nicht! Und solange die Mitglieder nicht wollen, kann er nichts machen. Überhaupt sind die Mitglieder in ihrer Passivität und Bequemlichkeit an allem Schuld! Gegen

diese Art des 'Verstehens und Entschuldignens' des Verrats der Führung an den Mitgliederinteressen wenden sich auch das "Redaktionskollektiv Betrieb und Gewerkschaft" der dem SB angegliederten Zeitschrift "PROBLEME DES KLASSENKAMPFS" im "express" (Nr. 10/1975). Das Kollektiv schreibt: "Wenn rechtssozialdemokratische Betriebsräte und Gewerkschaften die Tatsache, daß 'von unten nichts kommt' als Legitimierung (Rechtfertigung) ihrer sozialpartnerschaftlichen Politik, bzw. ihres Nichtstuns benutzen, so grenzt dies schon an Zynismus". Der Artikel zeigt auf, warum die Mitglieder ohne die konsequente Führung durch die Gewerkschaft nicht aktiv werden können: Angst vor der Arbeitslosigkeit sei heute der Hauptgrund. Nur gemeinsam sind die Arbeiter stark. Um diese Gemeinsamkeit herzustellen, dafür ist die Gewerkschaftsführung ja gerade da. Die gleiche Reinwaschung der Führung vom Verratsvorwurf findet sich in der vom Redaktionskollektiv "express" herausgegebenen Broschüre über die Spontane Streikbewegung von 1973. Dort kritisieren die "express"-Autoren, die Flugblätter der KPD und der KPD/ML dafür, daß die "Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre als Arbeiterverräter und Kapitalistenknechte, in einen Topf mit den eigentlichen Gegnern, den Unternehmern" geworfen werden. Wir schrieben in einer Besprechung der Broschüre dazu: "Wenn sich Personaldirektoren von Hösch und Klöckner für die streikbrecherische Hilfestellung von IG-Metallfunktionären bedanken, oder der Ford-Personaldirektor Bergemann den 'vorbildlichen Einsatz' von Betriebsratsmitgliedern bei der Zerschlagung des Streiks lobt, wie würden die "express"-Autoren solche 'Gewerkschafter' bezeichnen? . Warum soll es falsch sein, diese als Arbeiterverräter und Kapitalistenknechte in einen Topf mit dem 'eigentlichen Gegner' zu werfen? (Klassenkampf August/Sept. 1974)

Da an keiner Stelle der Thesen oder in sonstigen Schriften des SB zur Gewerkschaftsfrage eine materialistische Analyse des Charakters der heutigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie versucht wird, statt dessen mit pseudo-kritischen Argumenten diese Bürokratie in Schutz vor Verratsvorwürfen genommen wird, kann es auch konsequenter Weise nirgends eine genauere Darlegung darüber geben, welche die Aufgaben und Organisationsstrukturen klassenkämpferischer Gewerkschaften im Gegensatz zu sozialpartnerschaftlichen sein könnten.

Linke Bürokraten auf der Suche nach einer Basis

Aus der Gewerkschaftspraxis, aber auch aus einigen theoretischen 'Andeutungen' müssen wir annehmen, daß die SB-Führ-

ung den bestehenden rechten Gewerkschaftsreformismus durch eine linkere Spielart austauschen will, ohne an den bestehenden bürokratischen Organisationsstrukturen der heutigen Gewerkschaften grundsätzlich etwas ändern zu wollen. So heißt es in den Thesen (43):

„Das Potential, auf das sich die innergewerkschaftliche Opposition stützen kann, ist in den spontanen Streiks gewachsen. Allerdings konnte es bisher von dieser schon bestehenden innergewerkschaftlichen Opposition nicht zur Durchsetzung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsstrategie organisiert werden“.

An anderer Stelle (Broschüre über spontane Streiks 1973, S. 16) unterscheiden die „express“-Autoren zwischen zwei nebeneinander existierenden Oppositionsbewegungen. *„Beide Bewegungen, die der militanten Basis und die der innergewerkschaftlichen Opposition, verlaufen noch weitgehend unverändert nebeneinander“*, schreiben die „express“-Autoren. Um wen kann es sich bei der personell nicht näher bezeichneten bestehenden innergewerkschaftlichen Opposition handeln? Dazu schreiben Müller-Jentsch und Jacobi, beides leitende Autoren der „express“-Redaktion: *„Die Kerne der innergewerkschaftlichen Opposition rekrutieren sich vornehmlich (!) aus Funktionären der unteren und mittleren Ebene (a.a.O., S. 326). Die SB-Führer sehen es als ihre Aufgabe an, beide ‚Bewegungen‘ zu einer zu verschmelzen“*. So heißt es in den Thesen (45): *„In diesen Auseinandersetzungen (um mehr innergewerkschaftliche Demokratie) sind nur (!) durch die Einbeziehung der Mitglieder einerseits und die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Funktionären andererseits Erfolge zu erzielen“*.

Welche Erfahrungen hat die militante Basis etwa bei Ford 1973 mit sogenannten *„fortschrittlichen Funktionären“* der mittleren Ebene machen können? Die Sprecher der *„innergewerkschaftlichen Opposition“* auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall 1971 hießen Tolusch, Feckler und Malzkorn. Zwei davon, Tolusch und Feckler galten als Exponenten der Gewerkschaftslinken der Kölner IG-Metall und beherrschten damals sogar die Ortsverwaltung. Beide, Tolusch und Feckler haben sich mit dem Streik der türkischen Fordarbeiter nicht offen solidarisiert. Stattdessen zogen sie es vor, sich in die Reihe der Chaoten-Hetzer zu begeben, um so ihren Beitrag zur Zerschlagung des Streiks zu leisten. Derartige Erfahrungen der kämpferischen Basis mit sogenannten fortschrittlichen Funktionären wird man in der *„express“-*Analyse über die spontanen Streiks vergeblich suchen. Es gibt eine ganze Reihe solcher Vertreter der *„Opposition“* in den Gewerkschaften. In der Regel handelt es sich um linke, sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, oder der DKP nahestehende Funktionäre mit *„linkem Herz“*, das ihnen allerdings bei der erst besten Gelegenheit in die Hosen rutscht. Diese Funktionäre gibt es nicht nur in der

IG-Metall: Beispiele gibt es auch in der ÖTV, z.B. den Bezirksleiter der ÖTV-Hessen, Heinz Wolff, Werner Vitt vom Hauptvorstand der IG Chemie, oder auf unterer Ebene, den früheren Verwaltungsstellenleiter der IG Chemie in Darmstadt, H.G. Lang, der zwar den Kampf gegen die rechten Betriebsräte der Darmstädter Chemie-Großbetriebe führte, aber der Auseinandersetzung mit dem Haupt- und Bezirksvorstand aus dem Wege ging.

Die zentrale These des SB, daß *„nur durch die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Funktionären..... Erfolge zu erzielen“* seien, muß die sich entwickelnde militante Basisbewegung in eine Sackgasse führen. Das haben gerade die Streiks von 1973 in aller Deutlichkeit bewiesen. Sobald die Kämpfe sich zuspitzten, von Form und Inhalt radikaler wurden, war auf die *„fortschrittlichen Funktionäre“* kein Verlaß mehr. Das ist kein Zufall:

Die personelle Zusammensetzung der gewerkschaftlichen Funktionärskörper aller Organisationsstufen, nicht nur der oberen, sondern auch der unteren Ebenen, nicht nur der zentralen Delegiertenkonferenzen, und Hauptvorstände, sondern ebenso der Vertrauenskörper und der örtlichen Delegiertenversammlungen und Vorstände hat sich in einer Zeit der reformistischen Vorherrschaft, d.h. der Apathie der Mitgliedschaften und des guten Einvernehmens zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten ergeben.

Eine kämpferische Basisbewegung in den Betrieben, wie sie sich 1973 gezeigt hat, wird daher in der Regel nicht auf die konsequente Unterstützung und Vertretung durch *„fortschrittliche Funktionäre“* rechnen können.

Die bestehende Gewerkschaftsführung muß in der Regel auf allen Ebenen ausgetauscht und durch eine neue, von revolutionärem Geist erfüllte Führung ersetzt werden. Die Gewerkschaften sind heute weitgehend Organisationen der Arbeiteraristokratie, d.h. der obersten (qualifizierten) Facharbeitergruppen, der Meister, Vorarbeiter, Kolonnenführer usw. Die Vertrauensleutkörper, ihre Leitungen, die Betriebsräte, die Delegierten der verschiedenen Delegiertenversammlungen, die Tarifkommissionsmitglieder — sie alle spielen in ihrer Zusammensetzung nicht die Masse der Un- und Angelernten und der unteren Facharbeitergruppen, der unteren Angestelltenmassen, sondern der Arbeiteraristokratie wider. Die Masse der Mitglieder ist innerhalb der Funktionärskörper überhaupt nicht oder nur in geringem Maß vertreten. Es mag auch heute schon einige wenige Ausnahmen geben, wo es wirklichen Vertretern einer kämpferischen Basisbewegung gelungen ist, Funktionäre der Gewerkschaft zu werden.

Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß unter dem Druck einer kämpferischen Basisbewegung einige ehrliche und nicht auf den persönlichen Vorteil und Karriere bedachten Funktionäre der gegenwärtigen Generation zu wirklichen Sprechern einer kämpferischen Gewerkschaftsbasis werden. Aber das werden Ausnahmen sein und nicht — wie das SB formuliert — die Regel. Die in der Tat hier und dort bestehende

„Linke“ innerhalb der Gewerkschaftsapparate ist bei genauerem Hinsehen nichts als eine *„linkere“* wortradikalere Spielart des gewerkschaftlichen Reformismus (z.B. Heinz Wolff, ÖTV-Betriebsleiter, Hessen). Unsere Taktik kann es nicht sein, das Vertrauen der entstehenden militanten Basis in diese *„linke“* Spielart des Reformismus zu vergrößern. Umgekehrt: schon heute ist es unsere Pflicht, auch diese Gewerkschaftsfunktionäre zu kritisieren und — wo möglich — zu entlarven. Solche linksreformistischen Führer werden gerade bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe im größeren Maße auftreten. Es ist gut möglich, ja wahrscheinlich, daß eine unerfahrene Basis sich zunächst diesen linksreformistischen Führern zuwenden wird und diese als ihre Sprecher auch unterstützen wird. Solange es uns nicht gelingt, eine wirkliche Alternative, eine revolutionäre Führung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, können wir auch nicht gleichgültig und neutral bleiben, wenn es zum Konflikt zwischen solchen reformistischen Führern und den offen rechten Apparaten kommt.

Unsere Haltung gegenüber diesen *„linken“* Führern muß die einer kritischen Unterstützung sein. Unser Ziel muß es dabei zu jedem Zeitpunkt bleiben, eine wirklich revolutionäre, wirklich alternative Führung innerhalb der Gewerkschaften aufzubauen. Wirkliche Erfolge einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik werden daran zu messen sein, ob es gelingt, sogenannte *„fortschrittliche Funktionäre“* durch eine revolutionäre Führung zu ersetzen.

Das wird nicht ohne den erbitterten Widerstand der heute bestehenden Führung, *„linker“* oder rechter Spielart, abgehen. Die heutigen Industriegewerkschaften sind zwar auf dem Papier keine berufsständischen Organisationen, sondern vertreten angeblich alle Arbeiterschichten. In Wirklichkeit sind sie weitgehend die Organisation einer vergleichsweise bessergestellten Arbeiteraristokratie, die die Stütze der heutigen Gewerkschaftsführung darstellt und die gegenüber der SPD Loyalität zeigt. Vertreter des Typs **des älteren, qualifizierten Facharbeiters** beherrschen heute die Gewerkschaften. Der Kampf um klassenkämpferische Gewerkschaften ist daher ein Kampf gegen die Vorherrschaft dieser Arbeiteraristokratie über die Gewerkschaftsorganisation. Die materielle Basis der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie: **Verselbständigung des Gewerkschaftsapparates gegenüber dem Klasseninteresse des Proletariats. Ihre Mittel und Methoden, diese Verselbständigung zu verteidigen, sind politische und Organisatorische.** Die Organisation wird von den Haupt-

amtlichen, bezahlten Funktionären (Gewerkschaftsbeamte, freigestellte Betriebsräte) kontrolliert. In den Kreis der hauptamtlichen Bürokraten kommt man nur, wenn man Mitglied der SPD (oder der CDU) ist. Der Zwang zur politischen Anpassung wird durch materielle Besteuerung und Drohung (höheres Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen – Ausschluß Amtsenthebung) gleichzeitig ausgeübt. Deshalb ist der Kampf gegen diesen sozialdemokratischen Beamtenapparat sowohl ein politischer als auch ein organisatorischer: **Herausdrängen der SPD aus der Führung der Gewerkschaften und Kampf um die Vorherrschaft der ehrenamtlichen über die hauptamtlichen Funktionäre.** Nur so kann es dazu kommen, daß die Gewerkschaften aufhören, Organe der Beeinflussung und und Kontrollierung der Arbeitermassen im Interesse der Kapitalisten und der Regierung stattdessen zu Organen der Arbeitermassen zur Zerstörung des Kapitalismus zu werden. Die von der Masse losgelöste Bürokratie muß durch einen Apparat von Betriebsvertretern ersetzt werden, wobei den hauptamtlichen Funktionären nur die allernotwendigsten Funktionen vorbehalten bleiben.

(Das bedeutet u.a.: *jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre, durchschnittlicher Facharbeiterlohn für alle Funktionäre.*)

In den Thesen des SB wird zwar an einer Stelle das Problem angedeutet, daß sich die gewerkschaftliche Organisation „vor allem“ auf die Schicht der traditionellen Facharbeiter gestützt hat (These 30), daraus werden allerdings keine politischen Schlussfolgerungen gezogen. Die **„Einbeziehung der Frauen und ausländischen Arbeiter in die gewerkschaftliche Arbeit“** wird zwar genannt, dessen gewerkschaftspolitischer Stellenwert wird aber an keiner Stelle ausgeführt.

Dabei haben die Streiks von 1973 auch dieses Problem mit aller Deutlichkeit bloßgelegt. Weil bestehende Betriebsrats- und Vertrauensleutekörper nicht bereit waren, den selbständigen Kampf der ausländischen Arbeiter zu unterstützen und konsequent zu führen, sahen diese sich gezwungen, eigene Streikkomitees zu bilden. Diese Umgehung der bestehenden Funktionärskörper ist daher eine Notwendigkeit gewesen, die sich aus der bürokratischen Verselbständigung der Organisation gegenüber den Arbeitern ergab. Statt die positive und vorwärtstreibende Rolle dieser Initiative der streikenden Ausländer und Frauen hervorzuheben, verfallen die SB-Autoren in eine Art Organisationslegalismus. Ganz im Stil der Bürokraten wissen sie über solche spontan gebildeten Kampforganisationen nur Negatives auszusagen. In den Thesen (47) heißt es dazu: *In aktuellen Kämpfen kurzfristig gebildete Organisationsformen (wie z.B. Streikkomitees) können in der Regel weder diese Kämpfe erfolgreich führen, noch die daraus resultierenden Erfahrungen bewußt-*

seinsmäßig und organisatorisch aufarbeiten und weiterentwickeln.“ Daraus ziehen sie den Schluß, daß anstelle solcher kurzfristig gebildeter Organisationsformen **„die Vertrauensleutekörper zu Trägern autonomer Arbeiterpolitik“** zu machen sind. Und ganz in diesem Sinne einer Abwertung der politischen Bedeutung von Streikkomitees führt das **„express“-Redaktionskollektiv** in der Broschüre über die spontanen Streiks von 1973 die Zersplitterung der Streiks, wie sie sich gerade in den schärfsten Kämpfen gezeigt hatte, nicht – wie es richtig gewesen wäre – auf das Versagen der deutschen Kollegen und Vertrauensleute, bzw. auf die aktive Ausländerhetze rechter Betriebsräte zurück, sondern darauf, **„daß die Streikinitiative ... häufig von den unteren Schichten der Lohnarbeiter ausging“**, und zum anderen darauf, **„weil von diesen Gruppen neben Teuerungszulagen auch weitere spezifische Forderungen aufgestellt wurden.“** (S.23)

Diese Verkehrung der Tatsachen ist kein Zufall und keine laxe Formulierung. Auch in den **„Thesen“** werden im Zusammenhang mit den spontanen Streiks von 1973 die wirklichen Tatsachen nicht beim Namen genannt. Dort heißt es:

„Im Unterschied zu 1969 wurde von vornherein die Streikbewegung im Jahre 1973 zersplittert (Von wem!? Wodurch!?), der Gegensatz zwischen Gewerkschaftsführung und den Mitgliedern verschärfte sich noch (Warum?). Es werden in der Streikbewegung von 1973 eindeutig (!) Grenzen für linke Betriebs- und Gewerkschaftskader in der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation sichtbar, die nicht einfach (!) voluntaristisch (!) übersprungen werden können.“ Kein Wort darüber, um welche Grenzen es sich handelt, die angeblich im Augenblick unüberwindbar für **„linke“** Betriebsrats- und Gewerkschaftskader sind.

Das führende Mitglied des SB, Willy Scherer, seinerseits Betriebsratsvorsitzender von AEG-Küppersbusch, hat sich in dem spontanen Streik in seinem eigenen Betrieb 1973 ganz nach dem hier vorgetragenen Muster verhalten. Die Forderung nach der Bildung eines Streikkomitees hat er als **„spalterisch“** abgelehnt (S.84, **„express“-Broschüre** über spontane Streiks 1973).

Falsch ist im übrigen die Behauptung des SB, daß die von Streikkomitees geführten spontanen Streiks **„in der Regel“** nicht erfolgreich sein können. Umgekehrt: ein wirklich demokratisch zustandekommenes, jederzeit kontrollierbares und abwählbares Streikkomitee ist eine zentrale Voraussetzung zur erfolgreichen Durchführung von Streiks. Auch in den spontanen Streiks von 1973 haben solche von demokratisch gewählten Streikkomitees geführten Streiks wie bei Hella-Lippstadt oder Walvo-Aachen zu beachtlichen Erfolgen geführt, die denen anderer Streiks ohne gewählte Streikkomitees in keiner Weise nachstanden. Umgekehrt: Fast überall dort, wo Betriebsrat und Ver-

trauensleutekörperleitung die Streiks kontrollierten (ohne sie wirklich zu führen!) wurden die Streiks gegen den Willen eines großen Teils der Streikenden bürokratisch von oben herab beendet und abgebrochen. So u.a. auch bei AEG-Küppersbusch, in dem das SB Mitglied Scherer Betriebsratsvorsitzender ist. (Allenfalls fanden noch Abstimmungen in den Vertrauenskörpern statt, die aber fast nie wirklich repräsentativ für die Stimmung unter den Streikenden waren.)

‚Richtig‘ scheint lediglich die Kritik des SB, daß solche **„kurzfristig gebildeten Streikkomitees“** kein Ersatz für die permanente Arbeit von gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpern sein können. Aber als ob das Alternativen wären! In Betrieben, wo große Teile der Kollegen noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, aber auch dort, wo sie es überwiegend sind, aber durch die bestehenden Vertretungsorgane nicht wirklich vertreten sondern zertreten werden, kann die Bildung demokratisch gewählter Streikleitungen ein Maximum an Einheitlichkeit und Streikbeteiligung garantieren. Die demokratisch gewählten Streikleitungen sollten jedes Verhandlungsergebnis in Massenversammlungen aller Streikenden zur offenen Diskussion und zur Abstimmung stellen.

Die Besetzung von LIP in Besancon hat gezeigt, daß eine wirklich demokratisch gewählte Kampfleitung das Selbstvertrauen aller Streikenden enorm steigern kann. Das Argument, **„mangelnde Erfahrung dieser Streikleitungen und die zusätzliche Auseinandersetzung mit Betriebsrat und Vertrauensleutekörper schwächen die (se) Streikleitungen“** (S.84) geht an den wirklichen Tatsachen vorbei. Ein erfahrener und kämpferischer Vertrauensmann wird mit Sicherheit auch das Vertrauen der Streikenden bekommen und in die Streikleitung gewählt werden. Gleichzeitig bringen aber gerade Kampfsituationen neue Führer und Sprecher hervor und es kann von großer Wichtigkeit für den Streikverlauf sein, daß solche Sprecher auch in eine formelle Streikleitung gewählt werden.

Schließlich sollten wir nicht vergessen, daß es gerade die inoffiziellen Basisgruppen und Kampfkomitees waren, die in Italien 1969/70 die Streikkämpfe entscheidend organisiert und vorantrieben hatten. Die Macht dieser inoffiziellen Organisationskerne wurde so groß, daß die Gewerkschaftsführer sich gezwungen sahen, neue Delegiertenräte (Vertrauensleutekörper) in den Betrieben zu bilden, die in der Regel dann auch von den vorher inoffiziellen Basiskomitees personell besetzt wurden. Ein ähnliches, wenn auch weniger bedeutsames Beispiel für die positive Rolle von spontanen Streikkomitees im Kampf um die Gewerkschaft ist der Zentrale Vertrauensleute ausschuß in der ÖTV-Frankfurt (ZVA). Ähnlich wie die Delegiertenräte der italienischen Gewerkschaften entstand er aus einem

Streikkomitee (Deputatsstreik 1971).

Es wäre illusionär und gefährlich zu glauben, die Beseitigung der von den Massen losgelösten Gewerkschaftsbürokratie, d.h. die Revolutionierung und Demokratisierung der Gewerkschaften könnte ohne solche "Umwege" über inoffizielle Komitees und Basisgruppen oder spontane Streikkomitees immer schon direkt in den offiziellen Organisationskanälen ihren Weg finden. Die bestehende Bürokratie wird den Kampf um die Kontrolle der Gewerkschaft mit allen Mitteln führen. Oft wird einer kämpferischen Basisbewegung nichts anderes übrig bleiben, als sich zunächst auch außerhalb der offiziellen Gremien zu sammeln und für den Kampf vorzubereiten. Deshalb ist für eine sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Arbeit im Vertrauensleutkörper oder im Betriebsrat keine Alternative zu der Sammlung in inoffiziellen Basisgruppen und -komitees. Im Gegenteil: das eine ist heute ein wichtiger Hebel zur Eroberung des anderen.

Welche Opposition ?

Die „Express“-Redaktion veranstaltet von Zeit zu Zeit Redaktionskonferenzen und Arbeitstagen zu bestimmten Schwerpunktthemen (Beispiel: Vorbereitung der Betriebsratswahlen, Auswertung der Betriebsratswahlen, Konferenzen für spezifische Einzelgewerkschaften wie Rationalisierung oder Tarifrunde im Öffentlichen Dienst) getrennte Konferenzen sollen demnächst für Automobilarbeiter und Chemie-Arbeiter organisiert werden. Parallel zu solchen zentralen Konferenzen finden regionale Konferenzen statt, wie z.B. ein regionales Arbeitstreffen für Nord-Rhein-Westfalen, das 100 Teilnehmer hatte, davon nach „express“-Aussage 3/4 aus den Bereichen Metall, Stahl, Chemie und Druckindustrie, oder die im letzten „express“ angekündigte Regionalkonferenz für Baden-Württemberg. In der „Satzung“ des SB heißt es dazu:

„Wo immer möglich, bilden sich auf lokaler Ebene Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft, die sowohl innerhalb der regionalen Arbeitsgruppen als auch branchenspezifisch und in gemeinsamen zentralen Arbeitstagen zusammengefaßt werden. Auf diesen Arbeitstagen werden die zentralen Fragen einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit diskutiert und Konsequenzen für die Praxis der Basis und für eine Gewerkschaftslinie entwickelt. Die zentrale Konferenz der Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft wählt einen Koordinierungsausschuß, die „express“-Redaktion und Vertreter für den Delegiertenrat des SB.“

Gleichzeitig heißt es in Punkt 1 der Satzung aber:

„Die Mitarbeit in den Projekten setzt (jedoch) nicht die Mitgliedschaft im SB voraus.“

Damit ist der Status der „express“-

Konferenzen und Arbeitsgruppen abgesteckt. Es handelt sich im Selbstverständnis des SB um SB-Gremien mit einem "offenen Ende" für Nichtmitglieder.

Aus unserer eigenen Erfahrung wissen wir, daß SAG-Mitglieder als **oppositionelle Gewerkschafter** auf diese Konferenzen eingeladen wurden und werden. Bei den Verhandlungen zwischen SAG und SB, die Ende 1973 über eine mögliche engere Zusammenarbeit zwischen SAG und SB geführt wurden und dann von uns wegen der "Parteigründungs-tendenz" im SB abgelehnt wurde (bis dahin war das SB als "überparteiliches" Koordinierungszentrum innerhalb der Linken aufgetreten), wurde uns vom SB klargestellt, daß wir zwar an solchen Konferenzen teilnehmen könnten, aber individuell als "Gewerkschafter" oder als Sozialwissenschaftler, nicht als SAG-Gruppe. Das SB tritt als politische Strömung in Gestalt der "express"-Redaktion und der "express"-Zeitung auf diesen Konferenzen auf und betrachtet diese Konferenzen und Arbeitstagen nicht als überparteiliche Sammlungspunkte der Gewerkschaftsopposition.

Sie haben im Selbstverständnis des SB also die Funktion einer "parteilichen" Organisation, die für Nichtmitglieder und sogar für Gewerkschafter anderer politischer Strömungen offen sind. Aber ihr unmittelbarer Zweck besteht ausschließlich darin, oppositionelle Gewerkschafter an das SB heranzuführen. Beispielfhaft sind hier etwa der AKS (Arbeitskreis kritischer Sozialarbeiter) sowie das SLB (Sozialistischer Lehrerbund), die beide dem SB zugehören, aber offen für Nichtmitglieder sind.

Es ist daher zu erwarten, daß das SB bei einem organisierten, fraktionellen Auftreten anderer politischer Strömungen als des SB auf diesen Konferenzen bald sein "Hausrecht" herauskehren würde. Sie sind "offen" und doch nicht offen. Wer sich "anständig" benimmt, kann bleiben. Hierin liegt ein wichtiger Unterschied zu der vom KB organisierten Gewerkschaftskonferenz in Hamburg oder der vom Arbeiterbund organisierten Konferenz in München. Veranstalter war formell nicht der KB (obwohl er die Tagung von vorne bis hinten kontrollierte), sondern eine Reihe von oppositionellen Gewerkschaftern und Betriebsräten. Das heißt: vom Anspruch her war dies eine überparteiliche Veranstaltung, während die express-Konferenzen parteiliche Veranstaltungen sind. Es ist auch gar nicht das Ziel des SB, eine Gewerkschaftsopposition im Sinne einer formell überparteilichen Basisbewegung um ein radikales gewerkschaftliches Programm aufzubauen. So heißt es in der These 49: "Es ist nicht die Absicht des SB, innerhalb der Gewerkschaften eine (gar noch konspirative) 'Fraktion' zu bilden. Vielmehr geht es darum, durch offene und öffentliche Argumentation ("express", Betriebszeitungen, Flugblätter) die klassenbewußte Linie in Betrieben und Gewerkschaften zu stärken." Die Mittel dazu

sind: SB-Arbeitstagen, SB-Veröffentlichungen, SB-Betriebszeitungen (hier ist auch eine "Mitarbeit" in bereits bestehenden unabhängig vom SB entstandenen Betriebszeitungen vorgesehen, SB-Arbeitskreise, SB-Bildungsarbeit innerhalb der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Von da erklärt sich auch der Charakter der express-Konferenzen als SB-Organ. Das SB beabsichtigt nicht, zwischen "Partei" (SB) und Gewerkschaft eine vom SB der Form nach unabhängige Gewerkschaftsopposition aufzubauen, wie das etwa das International Socialism in England seit zwei Jahren mit der "Rank and File" (Basis)-Bewegung tut.

Drei Beispiele aus der Praxis des SB

Es gibt keine einheitliche Gewerkschaftspraxis des SB und wird es auch nie geben. Neben Ansätzen einer revolutionären Praxis finden sich ebenso reformistische. So war das Auftreten der Plakat-Gruppe bei den letzten Betriebsratswahlen 1975 bei Daimler-Stuttgart durchaus im Sinne einer revolutionären Taktik zur Betriebsarbeit. In der von ihnen verfaßten Broschüre "Vorschlag zu den Betriebsratswahlen 1975" kritisieren sie knapp und präzise die "Bürokratisierung von Arbeiterfunktionen" zeigen deren Hintergründe (Berufsbetriebsräte, Sonderzuwendungen, Betriebsratsposten als Sprungbrett zur Karriere) auf und stellen fest, daß "Betriebsräte vielfach zwischen den Interessen der Arbeiter und denen der Unternehmer (lavieren) statt klare Positionen für die Belegschaft zu ergreifen." Dem wollen sie durch eine demokratische Kontrolle der Betriebsratsarbeit von unten begegnen. "Demokratische Kontrolle von unten (ist) die Grundvoraussetzung für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten." In diesem Zusammenhang machen sie einen detaillierten Vorschlag, der einen direkten Einfluß der Gewerkschaftsmitglieder auf die Kandidatenaufstellung im Rahmen der IG Metall-Liste ermöglichen soll (Vorwahl durch Gewerkschaftsmitglieder nach Abteilungen).

Trotz Ausschlussdrohungen und trotz massiver Einschüchterungsversuche der IG-Metall stellten sie wie 1972 eine eigene Liste auf, nachdem ihre Vorschläge von der Gewerkschaft und der Betriebsratsmehrheit abgelehnt worden war. Sie nahmen den Ausschluß aus der Gewerkschaft in Kauf, um der starken Unzufriedenheit mit der alten Betriebsratsmehrheit Ausdruck zu verleihen. Diese Politik war aber inner-des SB keineswegs unumstritten. So heißt es etwa im express (Februar 1975) in einem Artikel (Erfahrungen eines älteren Kollegen) "Die Vorschläge der Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea bei Daimler Benz in Stuttgart zu einer demokratischen Kandidatenaufstellung, bei der auch die gesamte Belegschaft eingeschaltet wird, wären ausgezeichnet, wenn die eingesessenen Betriebsräte mitmachen würden und an einer Einheitsliste interessiert wären." Ein solcher Vorschlag ist aber, wie das Beispiel

von Daimler-Benz gerade zeigt, auch dann sinnvoll und notwendig, wenn die alten Betriebsräte sich gegen ihn wehren, weil sie um ihre Posten fürchten. Ein solcher Vorschlag ist in jedem Fall ein ausgezeichnetes Mittel, um das Interesse der Gewerkschafter an der Frage der Kandidatenaufstellung zu vergrößern und um bürokratische Manipulationen offen angreifen zu können. Die Frage der eigenen Listenaufstellung wurde in einem Leitartikel der "express"-Redaktion (Betriebsratswahlen 1975, Februar 1975) überhaupt nicht angeschnitten. Gleichzeitig wird behauptet: "Dies (die Ausnutzung der Mitbestimmungsrechte bis an den Rand des Möglichen) ist nur möglich, wenn Betriebsräte, Vertrauensleute und Belegschaft ihre Interessen geschlossen und kämpferisch vertreten." In einer Kritik des Prokla-Redaktionskollektivs Gewerkschaft heißt es dazu richtig: "Diese Geschlossenheit ist natürlich in der Tat das Ziel, aber ist sie die Voraussetzung, das klassenbewußte Kollegen in den Betriebsrat gehen? ... Soll man nach Meinung der express-Redaktion erst in den Betriebsrat gehen, wenn der Vertrauenskörper zum entwickelten Kampforgan geworden ist?" Das Prokla-Redaktionskollektiv Gewerkschaft weist darauf hin, daß es eine politische, nämlich an die nach rechts driftende SPD-Politik gebundene Position von Interessenvertretern auf allen Ebenen" sei, "die unfähig macht, einen Abwehrkampf auch nur konsequent zu organisieren." (März 1975) Die Prokla-Autoren weisen auf den Fall Demag-Kalldorf hin, wo der Abwehrkampf gerade deshalb verhindert wurde, "weil der Landtagswahlkampf vorrangig ist, und für den braucht die SPD "Ruhe und Ordnung".

Nun haben gerade führende Vertreter des SB fast zur gleichen Zeit eine ähnliche "Gewerkschaftspolitik" in Frankfurt vertreten. Dort war es der vom SB geführte 'Sozialistische Lehrerbund' und sein Vertreter im Frankfurter Bezirksvorstand der GEW, die eine Mobilisierung gegen die SPD-Schulpolitik vor den Hessischen Landtagswahlen mit dem Argument ablehnten, dies könne der CDU nützen. (Vgl. Ortsbeilage Frankfurt der KVZ, 23.10.75). Ganz im Sinne dieser "Schonung" der SPD trat das SB-Betriebsratsmitglied vor der Demonstration an seiner Schule (Ernst-Reuter-Schule) gegen die Organisation einer Vollversammlung der Schüler zur Vorbereitung der Demonstration ein. (Vgl. Ortsbeilage Frankfurt der KVZ, Nr. 23). Der gleiche SB-Vertreter machte sich im Anschluß an die Demonstration, die von einer Mitgliederversammlung der Frankfurter GEW mehrheitlich unterstützt wurde, zum Komplizen der Sozialdemokraten im Bezirksvorstand, die nach der Mitgliederversammlung demonstrativ zurücktraten, weil sie sich nicht hinter den Beschluß der Mitgliederversammlung stellen wollten. Durch ihren Rücktritt wollte die SPD-Mehrheit im Vorstand (mitsamt Stubenrauch) gleichzeitig zum Schlag gegen den KBW in der Frankfurter GEW ausholen.



„Wer macht uns froh? Das Sozialistische Büro!“ aus 'links' Nr. 79 Juli/August 76

Es wurde ein Schlag ins Wasser. Der als KBW-Vertreter bezeichnete Kandidat bekam 333 Stimmen für den neuen Vorstand, sein rechter Gegenkandidat dagegen nur 299. Durch seine Solidarisierung mit den 'linken' Sozialdemokraten im Frankfurter GEW-Vorstand gegen die Linke in der Frankfurter GEW hat Stubenrauch und auch der radikale SLB und damit auch das SB ihren Beitrag zur Stärkung der reformistischen Linie in der Gewerkschaftsbewegung zu verantworten.

Ein anderes Beispiel reformistischer versöhnlicher Taktik des SB ist das Verhalten ihres Mitglieds in der Frankfurter Postgewerkschaft. Dort hatte sich seit einiger Zeit eine oppositionelle Basisgruppe gebildet, die in unregelmäßigen Abständen eine Basiszeitung (Postler-Info) herausgab. Das Postler-Info war den Gewerkschaftsbürokraten seit langem ein Dorn im Auge. Schließlich lancierte der Vorstand einen Ausschlußantrag gegen ein führendes Mitglied der oppositionellen Basisgruppe. Unter dem Druck der Ausschlußandrohung beschloß die Basisgruppe mehrheitlich unter entscheidender Anteilnahme des SB-Mitgliedes die Selbstauflösung der Gruppe und der Zeitung. In Zukunft wolle man Gewerkschaftspolitik nur noch über die offiziellen Gremien und Publikationen machen, die freilich von den Reformisten kontrolliert werden. Diese Liquidation der Postgruppe und ihrer Zeitung bedeutete einen schweren Rückschlag für die klassenkämpferische Linie in der Frankfurter Postgewerkschaft. Das führende Mitglied der Oppositionsgruppe, gegen den der Ausschlußantrag gestellt wurde, ist heute 1. Vorsitzender der Frankfurter Postgewerkschaft. Sein Blatt hat sich nach dem Rückzug rasch zu seinen Gunsten gewendet, wenn auch nicht zu Gunsten einer sozialistischen Gewerkschaftspolitik. Die Selbstauflösung des Postler-Infos und die Auflösung der inoffiziellen Oppositionsgruppe ist das genaue Gegenteil jener revolutionären Taktik, wie sie von der Plakatgruppe bei Daimler praktiziert wurde.

Ein ähnliches Beispiel reformistischer Gewerkschaftstaktik stammt von SB-Mitgliedern in der ÖTV in Frankfurt. Hier haben führende SB-Mitglieder Pöstchenjägerie im

Stil der DKP betrieben und im Interesse der Erschleichung von Funktionärsposten auf eine kämpferische Basisarbeit verzichtet. Seit dem Deputatstreik von 1971 gab es einen "Zentralen Vertrauensleuteausschuß" (ZVA) in der Hauptabteilung Gemeinden der ÖTV, der von der ÖTV-Kreisverwaltung niemals voll anerkannt, aber immer geduldet werden mußte. Im Frühjahr 1975 gab der Kreisvorstand bekannt, daß der ZVA satzungswidrig sei. Der ZVA-Vorstand war über die Frage der Weiterarbeit in sich gespalten. Ein SB-Mitglied setzte sich - ähnlich wie im Fall der Postgruppe - für die Selbstauflösung des ZVA ein mit dem Hinweis, daß eine Weiterarbeit als ZVA gegen den erklärten Willen der Ortsverwaltung zu Gewerkschaftsausschlüssen führen könnte. Die gleichen SB-Vertreter waren jedoch bei den Personalratswahlen ein Jahr später 1976, bereit, geheime Listenverhandlungen mit Vertretern des rechten sozialdemokratischen Flügels in der ÖTV Frankfurt zu führen, der letztlich auch hinter dem Bannstrahl gegen den ZVA stand. Den SB-Genossen ging es offensichtlich nicht darum, Positionen im Personalrat für eine klassenkämpferische Linie zu erobern, sondern Pöstchen zu erschleichen - eine Taktik die uns von der DKP nur allzu bekannt ist.

Die genannten Beispiele aus der SB-Gewerkschaftspraxis haben mit Ausnahme des Falls der Plakatgruppe eines gemeinsamen: Unter der Drohung und dem Druck der Gewerkschaftsbürokratie verzichteten die SB-Vertreter auf den Aufbau einer vom Apparat unabhängigen kämpferischen Basisbewegung oder fallen ihr in den Rücken, wie im Fall der GEW Frankfurt. Die im Kern reformistische Theorie der SB-Gewerkschaftsarbeit hat ihre Entsprechung in der Praxis.

Den Aufbau einer wirklich oppositionellen Basisbewegung innerhalb der Gewerkschaften gegen die heute herrschende sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie mit dem Ziel der Eroberung der Gewerkschaften für den Klassenkampf und für den Sozialismus können wir vom Sozialistischen Büro nicht erwarten. ■■